

Inhalt

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 11, Juli 1939	1
DEUTSCHLAND IN DER KRISE VON 1929. II (Ende)	1
DIE ARBEITERBEWEGUNG SCHAUFELT SICH IHR EIGENES GRAB. HITLER DIRIGIERT DIE BEERDIGUNG!	1
KLASSENKAMPF	3
DER UNTERGANG DER ALTEN ARBEITERBEWEGUNG.....	6
NIEDERLÄNDISCH-INDIEN IN UND NACH DER KRISE VON 1929	7
EINFÜHRUNG	7
DIE POLITIK DER „OFFENEN TÜR“	9
DIE KRISE VON 1929	10
DIE KRISENSANIERUNGSMASSNAHMEN	12
ORDNUNG IN NIEDERLÄNDISCH-INDIEN	14
MONGSO METENGGIK	17
Quellen:	20
BRIEF AUS ROTTERDAM	21
ÜBER DIE ORGANISATION.....	21

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 11, Juli 1939

DEUTSCHLAND IN DER KRISE VON 1929. II (Ende)

DIE ARBEITERBEWEGUNG SCHAUFELT SICH IHR EIGENES GRAB. HITLER DIRIGIERT DIE BEERDIGUNG!

Im ersten Artikel haben wir die Grundsätze der „totalitären Wirtschaft“ anhand der Brüning'schen Devisenvorschriften dargelegt.¹ Der zweite befasst sich mit der Selbsterstörung der Arbeiterbewegung und den Prinzipien des „totalitären Staates“.

Obwohl die Grundlagen der totalitären Wirtschaft bereits im Juni 1931 gelegt wurden, machte der Staat in den Jahren 1931 bis 1933 kaum Fortschritte bei der Organisation und Verwaltung des Wirtschaftslebens, da die Unruhen im Land dies unmöglich machten. Aufgrund der sich ständig verschärfenden Krise gingen die Staatseinnahmen sehr schnell zurück, während die Ausgaben im gleichen Maße stiegen. Der Abbau von Löhnen und Gehältern der Staatsbediensteten sowie der Abbau der Sozialversicherung standen daher ganz oben auf der Liste der staatlichen Aktivitäten. Außerdem gab es in Deutschland nicht so viel Krisenhilfe für die maroden Industrien und Landwirte, wie wir sie in den Niederlanden kennen, sondern für sie galt vor allem die Regel: Hilf dir selbst! Deshalb haben die Unternehmer eine Lohnkürzung nach der anderen vorgenommen. Eine Branche nach der anderen wurde unter die Lupe genommen, so dass allein im Laufe des Jahres 1931 die Löhne von 12 Millionen Arbeitern um durchschnittlich 15 % gekürzt wurden.

Die alte Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung, befanden sich in einer äußerst unangenehmen Lage. Die Sozialdemokratie war eine „Staatspartei“ und sah ihr Heil, und auch das Heil der Arbeiterklasse, in einer immer weiteren Durchdringung, einer immer weiteren „Eroberung“ des

¹ Heinrich Brüning (1885-1970), Mitglied der römisch-katholischen Deutschen Zentrumspartei, von 1920 bis 1930 Geschäftsführer des Christlich Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reichskanzler 1929-1930 mit Unterstützung der S.P.D.

Staatsapparates. Sie war also vollständig mit dem Staatsapparat verschmolzen. So erklärte Dittmann² auf dem Parteitag 1929 in Magdeburg: „Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Übergang zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch und sozial.“ Die S.P.D. war mit seinen 9.858 Mitarbeitern zum Sprungbrett in ein Staatsamt geworden. In den Parlamenten und anderen Organen des Staates hatte sie 46.667 „Vertreter“. In den höheren Staatsämtern, bei Ministern, Polizeipräsidenten, Beamten in den Ministerien, Beamten in der Sozialfürsorge und so weiter, hatte sie 79.507 „Parteigenossen“. In den höheren Positionen der Sozialgesetzgebung (Arbeitsgerichte, Arbeitsämter usw.) knabberten 60.363 Sozialdemokraten am Tisch des Staates. Kein Wunder also, dass die Sozialdemokratie einen Angriff auf den kapitalistischen Staat als Angriff auf den „Sozialismus“ betrachtete und dass sie diesen kapitalistischen Staat nicht mit Zähnen und Nägeln, sondern mit Knüppeln, Bomben, Bajonetten und ... Ausnahmegesetzen verteidigte. So ist es nicht verwunderlich, dass es bei der vorherrschenden Zersetzung der Staatsfinanzen hilfreich war, „sich nach der Decke zu strecken“, so schmerzhaft dies für den Lebensstandard der Arbeiter auch gewesen sein mag. Deshalb konnte sie die Angriffe auf die Regierung, die sich mit Notverordnungen umgab, nicht dulden, die in öffentlichen Versammlungen, auf Demonstrationen und in der Presse zum Ausdruck kamen. Bereits zu Beginn des Jahres 1930 fordert Grzesinski³, der sozialdemokratische Innenminister in Preußen, in seinen „Silvesterbetrachtungen“ im „Vorwärts“ eine Einschränkung der Pressefreiheit. Er droht gegen „links“ und „rechts“:

„Die Situation in Deutschland wird heute immer unerträglicher, nämlich dass bestimmte radikale Parteien und Gruppen Andersdenkende in Wort und Schrift nur noch mit böartigen Beleidigungen und Gewalt bekämpfen [...] Es ist nicht unberechtigt zu fordern, dass der Staat hier mit Gesetzen, Regeln und Vorschriften eingreift. Soweit dies möglich ist, und soweit sich Tendenzen abzeichnen, die den Staat mit offener Gewalt bedrohen, muss und wird er dagegen vorgehen.“

Und auch die Gewerkschaftsbewegung befand sich in einer Situation, in der sie jeden Streik gegen Lohnsenkungen verhindern und gemeinsam mit der besitzenden Klasse die entfesselten wilden Bewegungen zum Scheitern bringen musste. Die Gewerkschaftsbewegung befand sich in der Lage, der Arbeiterklasse gemeinsam mit den Eigentümern mehrere Niederlagen zuzufügen und dazu beizutragen, den Lebensstandard der Arbeiter zu drücken. Das lag daran, dass die Gewerkschaften vollständig mit dem kapitalistischen Staat und der kapitalistischen Wirtschaft verflochten waren. Durch die Betreuung der Arbeitslosen, die Einrichtung von Sozialdiensten und die Durchsetzung des Arbeitsrechts wurden sie faktisch in den Staatsapparat eingebaut. Sie waren ein Teil davon, so dass Angriffe auf den Staat sofort auch Angriffe auf das Gewerkschaftssystem waren. Und in Bezug auf die Unternehmerklasse standen sie für die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit. Sie waren auch der Meinung, dass die Löhne bei schlechter Konjunktur gesenkt werden müssten.

Unter diesem Gesichtspunkt entstand die *Resolution über ein allgemeines Notopfer zur Deckung der Staatsschulden*, die auf der Sitzung des A.D.G.B.⁴ (moderner Gewerkschaftsbund) am 17. und 18. Februar 1930 diskutiert wurde. Diese EntschlieÙung fordert eine Abgabe auf die Löhne aller Arbeiter und die Einnahmen aller Kapitalisten. Sie lautet:

„Um die finanzielle Notlage des Staates zu beseitigen und die Mittel für soziale Verpflichtungen zu sichern, sollte eine prozentuale Abgabe als Notopfer von allen Steuerpflichtigen auf Vermögen und Einkommen erhoben werden.“

Die besitzende Klasse war jedoch der Ansicht, dass die Krise den Kapitalisten bereits genügend von ihrem Eigentum abgenommen hatte und eine einseitige Abgabe auf die Löhne nicht demokratisch wäre. Die Bourgeoisie zog es daher vor, die Einfuhrzölle und Verbrauchssteuern zu erhöhen, die außerdem eine regelmäßige Einnahmequelle darstellen. Aber als Demonstration der Einheit der Nation in den Stunden der Not war die Geste des A.D.G.B. nicht schlecht.

Nach dieser Auffassung war der A.D.G.B. nicht nur gegen Lohnerhöhungen in Krisenzeiten, sondern vertrat die Auffassung, dass die Löhne gesenkt und verschiedene Unternehmenssteuern abgeschafft werden sollten. In der April-Ausgabe 1930 von „Die Arbeit“, dem Organ des A.D.G.B., kommt dies zum Ausdruck. („Die Arbeit“ war eine Art „wissenschaftliche“ Zeitschrift für die Gewerkschaftsfunktionäre.)

Wir lesen:

² Wilhelm Dittmann (1874-1954), 1917-1922 Mitglied des Zentralkomitees der U.S.P.D., dann S.P.D.; von 1912-1918 und 1920-1933 Mitglied des Reichstages

³ Albert Grzesinski (1879-1948), S.P.D.-Politiker und Innenminister von Preußen 1926-1930

⁴ Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (1919-1933), größte gewerkschaftliche Vereinigung in der Weimarer Republik, stand der SPD nahe

„Der deutsche Produktionsapparat befindet sich teilweise in einer Situation, in der es bei den derzeitigen Löhnen und sonstigen Kosten nicht rentabel arbeiten kann. Wenn die Arbeitslosen in den Produktionsapparat einbezogen werden sollen, müssen die oben genannten Kosten, Löhne und Steuern gesenkt werden.“

Es ist also ganz klar, dass die Gewerkschaften nicht die Absicht hatten, für die Aufrechterhaltung der Löhne zu kämpfen, was sie auch nicht taten. Die Flutwelle von Lohnkürzungen wurde fast ausschließlich mit der „gemeinsamen Konsultation“ beantwortet. Konnten sich die Gewerkschaften und die Unternehmer nicht einigen, wurde der Konflikt einem Schiedsgericht vorgelegt, das dann von der Regierung *für verbindlich erklärt wurde*. Dies war die einfachste Lösung für die Gewerkschaften, da sie dann gesetzlich nicht streiken durften. Wie eine solche Verbindlichkeitserklärung funktioniert, möchten wir anhand des folgenden Beispiels demonstrieren:

Im August 1931 war nach langen Verhandlungen ein Streik der Danziger⁵ Hafentarbeiter gegen eine Lohnkürzung ausgebrochen, der von der Gewerkschaft anerkannt wurde. Der Streik sollte durch einen Schiedsspruch beendet werden. Die Streikenden wollten diese Entscheidung jedoch nicht akzeptieren, so dass die Regierung die Entscheidung für verbindlich erklärte. Die Schiffer akzeptierten dies jedoch nicht und streikten weiter. Die freien und christlichen Gewerkschaften haben nun gemeinsam ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie ihre Mitglieder zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auffordern. Als dies jedoch nicht half, brachten sie ein zweites Flugblatt heraus, in dem sie erklärten:

„Aufgrund des verbindlichen Charakters des Schiedsspruchs ist es unseren Mitgliedern nicht gestattet zu streiken. Wir dürfen ihnen keine Streikunterstützung oder sonstige Unterstützung zahlen. Da eine solche Verbindlichkeitserklärung einen Schiedsspruch ersetzt, ist jeder Streik und jede gewaltsame Aktion zur Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung zwecklos, da wir sonst Schadenersatz leisten müssen. [...] Wir informieren unsere Mitglieder hiermit noch einmal, dass dieser Streik für uns mit der Verpflichtungserklärung des Staates zu Ende gegangen ist. Deshalb müssen wir unsere Mitglieder anweisen, sich sofort zum Hafen zu begeben, um die Arbeit aufzunehmen.“

KLASSENKAMPF

Der praktische Verlauf des Kampfes in Deutschland zeigt, in welcher unmöglicher Lage sich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie aufgrund ihrer Verbindung mit dem kapitalistischen Staat und der besitzenden Klasse befanden, wie sie zu den Henkern der Arbeiterklasse werden mussten. Wir können hier nur einige Hinweise zur Veranschaulichung geben.

Bereits in der Weihnachtswache 1929 hatte der „sozialistische“ Minister Greszcinski den „Frieden Gottes unter den Parteien“ verkündet. Damit die besitzende Klasse ungestört ihren „Frieden auf Erden“ feiern konnte, hatte die Polizei alle Versammlungen und Demonstrationen, das Aufhängen und Verteilen von Flugblättern verboten. Die Methode der Abschaffung der bürgerlichen Freiheiten, die später immer wieder zur Unterdrückung des aufkeimenden politischen Lebens eingesetzt wurde, war also nicht faschistisch, sondern sozialdemokratisch! Aber nach der Weihnachtswache würde der Frieden nicht auf der Erde bleiben! 1930 war ein Jahr der allgemeinen Lohnkürzungen, der Steuererhöhungen, des Abbaus von Sozialleistungen und der blutigen Unterdrückung der revoltierenden Arbeiter.

1. Februar 1930: Hungermarsch der Arbeitslosen durch Deutschland.

12. Februar 1930: Wilder Streik mit Betriebsbesetzung im Opel-Werk. Die Polizeikräfte räumen die Fabriken mit Waffengewalt. Der „Vorwärts“ vom 13. Februar bezeichnet den Streik als „kriminell“. Er sieht in der Besetzungstaktik nur „anarchistischen“ Unsinn, der den Produktionsapparat schädigt. Er fordert, dass die Sabotage des Produktionsapparates mit dem Tod bestraft wird.

6. März 1930: Tag der Arbeitslosen. Bestialischer Terror durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel⁶. Tote und Verwundete bleiben auf dem Schlachtfeld zurück.

Oktober: Große Streikbewegung in der Metallindustrie. Größe 130.000 Mann. Abgebrochen durch die Schiedsgerichts-Guillotine.

⁵ Derzeit Gdańsk in Polen

⁶ Karl Zörgiebel (1878-1961) war sozialdemokratischer Polizeipräsident in Köln, Berlin und zuletzt in Dortmund während der Weimarer Republik. Bekannt wurde Zörgiebel u.a. durch die blutige Niederschlagung der Maidemonstration (Blutmai) der KPD 1929. (siehe Wikipedia)

2. Dezember 1930: In Chemnitz⁷ tritt das Straßenbahnpersonal in den Streik. Der Verwaltung gelingt es, eine begrenzte Dienstleistung aufrechtzuerhalten. Die Streikenden errichten Straßensperren auf den Strecken. Die Polizei ist vollständig für den Bürgerkrieg ausgebildet. Bajonettangriffe. Die Polizei sperrt die Straßen ab. „Schließt die Fenster oder wir schießen“. Hunderte von Arbeitern werden verhaftet und müssen *2½ Stunden lang mit erhobenen Händen auf dem Platz vor der Polizeikaserne stehen!*

3. Dezember: Treffen der Arbeitslosen in Halle, gefolgt von einer Demonstration. Die sozialdemokratische Polizei greift mit dem Bajonett an. Die Demonstranten fliehen und hinterlassen zwei Tote und drei Schwerverletzte.

Rechnung für 1930: Die offizielle Statistik, *Wegweiser durch die Polizei*, berichtet nur für Preußen unter dem sozialdemokratischen Minister Greszcinski: 78 Raubüberfälle durch die Polizei mit dem Schlagstock, 541 Feuereinsätze durch die Polizei. Bei den Feuerüberfällen wurden 42 Personen getötet und 51 verletzt. Allein in Berlin starben 14 Menschen. Für das gesamte Deutsche Reich ergibt sich eine Gesamtzahl von 200 Toten und Verwundeten. Die Zahl der Selbstmorde ist auf 33 pro Tag angestiegen. In Berlin finden jede Nacht 3.000 Arbeiter in der Obdachlosenunterkunft „Refuge for the Homeless“ Schutz. Jeden Morgen gehen sie wieder auf die Straße, um zu betteln. „Es muss Ordnung herrschen! Ohne Ordnung kein Sozialismus!“

„Kampfbruf“⁸ Nr. 13, März 1931, bringt die folgende Nachricht:

„In Berlin verbietet Greszcinski jede proletarische Demonstration gegen die faschistischen Morde. Er verbietet zwei Demonstrationen der K.P.D. im Lustgarten. Verbot des Reichsjugendtages in Berlin. Erlaubt und schützt den faschistischen Aufmarsch der Stahlhelmhorden⁹ im Lustgarten am Sonntag,

1.1. Er verbietet die Gedenkveranstaltung für den ermordeten Proletarier Nathan. Auf Drängen der Katholiken verbietet er die Kulturausstellung im Wedding.“

In Hamburg regiert der Polizeisozialist Schönfelder. Er verbietet nicht nur jede Demonstration gegen die Meuchelmörder, sondern auch die kommunistische Zeitung, und seine Polizeikosaken schießen Salven in den Trauerzug des ermordeten Proleten Henning.¹⁰ Ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet, mehrere andere wurden schwer verletzt.

In Erfurt stürmt die Polizei das Parteigebäude der K.P.D., nimmt die Mitarbeiter fest und fotografiert alle Festgenommenen. Die Auflösung von Arbeiterversammlungen kommt fast täglich vor.

In den Gefängnissen wird die körperliche Züchtigung wieder eingeführt, *die Wärter sind mit Knüppeln bewaffnet!*

Das war das Jahr 1930: Das war nur der Anfang der Krise. Wir könnten diese Notizen fortsetzen, bis Hitler an die Macht kommt. Wir werden das nicht tun, weil unser Platz es nicht zulässt. Wir können hier nur den gesellschaftlichen Rahmen aufzeigen, in dem sich der Niedergang der Arbeiterklasse vollzog und der Faschismus bereits unter und mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung umgesetzt wurde. 1931 war dann das Jahr der großen Streiks, die von der Gewerkschaftsbewegung auf die übliche Weise beendet wurden, und das Jahr der praktischen Abschaffung des parlamentarischen Systems. Wir können hier nur einige Punkte hervorheben.

1931

Das Jahr 1931 beginnt mit einem großen wilden Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Der sozialdemokratische Minister *Severing*¹¹ ruft daraufhin eine bewaffnete Polizeitruppe herbei, um den Streik zu beenden. Die Arbeiterquartiere werden besetzt; Streikposten und das Verteilen von Flugblättern werden unmöglich gemacht; Organisatoren und Streikführer werden verhaftet; öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten (Säle wurden natürlich nicht vermietet); jeder Streikende, der sich bei Ankunft der Morgen-, Nachmittags- oder Abendschicht in den Bergwerken oder auf den Zufahrtsstraßen aufhält, wird

⁷ Chemnitz: Stadt in Sachsen; am 5. März 1945 nach der Bombardierung Dresdens schwer bombardiert, viele der überlebenden Einwohner waren nach Chemnitz geflohen; von 1953 bis 1990 hieß die neue Stadt in der D.D.R. Karl-Marx-Stadt.

⁸ Der Kampfbruf, Berlin. <https://aaap.be/Pages/Kampfbruf.html>

⁹ Der rechtsradikale „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ war ein Soldatenverband in der Weimarer Republik, der kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges gegründet wurde. Er stand der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahe.

¹⁰ Ernst Robert Henning (1892-1931), ermordet am 14. März 1931 von der S.A., weil er Kommunist war. ([siehe Wikipedia](#))

¹¹ Carl Severing (1875-1952). Sozialdemokratischer [Innenminister der Weimarer Republik unter Hermann Müller und 1930 bis 1932 preußischer Innenminister](#).

von der Polizei verprügelt oder verhaftet. So wird jeder Versuch, den Streik auszuweiten, durch den bewaffneten sozialdemokratischen Terror unmöglich gemacht. Die Gewerkschaften betreiben eine intensive Propaganda für die Wiederaufnahme der Arbeit.

25. Februar 1931: Versammlungen der Arbeitslosen unter freiem Himmel sind in Berlin verboten.

März 1931: Arbeiterdemonstration von 500 Leuten in Leipzig. Ergebnis: 4 Tote, 6 Schwerverletzte.

Juni 1931: Die Tagespresse berichtet: „Stürmung von Lebensmittelgeschäften in Berlin, Ostpreußen, Westfalen.“ Die sozialdemokratische Polizei knüppelt auf die hungernden Massen ein, die Kugeln prasseln nur so herein.

Am 25. August 1931 erfolgt dann der eigentliche Dolchstoß für das parlamentarische System. Es wird verfügt, dass die Gemeinden jegliche finanzielle Unabhängigkeit verlieren. Die Landesregierungen können den Kommunen ihre Haushalte aufzwingen; sie können die Löhne und Gehälter in den Kommunen sowie alle Ausgaben für die „soziale Betreuung“ festlegen. Die Wahlen zu den Gemeinderäten verlieren damit jeden praktischen Sinn. Die Gewerkschaften sind damit weitgehend ausgeschaltet. Sie mögen dem Kapital gegenüber loyal genug sein, aber sie werden hier nicht mehr gebraucht, da sie zumindest in diesem Bereich ihrer *Funktion beraubt sind*. Der „totalitäre Staat“, in dem die Verfügungsgewalt über Menschen und Güter in die Hände einiger weniger gelegt wird, beginnt sich zu entwickeln.

Das parlamentarische System verliert auch im Bereich der nationalen Regierung seine Bedeutung, da die Regierung nicht entsprechend der politischen Zusammensetzung des Parlaments, sondern durch *Bevollmächtigte* der nationalen Regierung regiert wird, die eine Flut von *Notstandsdekreten* über das Land ergießt. Herr Brüning schlägt die Arbeiterklasse nieder und bekämpft angeblich die Nationalsozialisten. Am 8. November 1931 ordnet er an, dass ab 1. Mai 1932 alle Löhne und Gehälter mindestens auf das Niveau vom 10. Januar 1927 zurückgeführt werden müssen. Um „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, ordnet er am 8. November an, dass das Tragen von Partei-Uniformen und Parteiabzeichen verboten ist. Für den Monat Dezember wird erneut der „Frieden Gottes der Parteien“ verordnet. Vom 9. Dezember 1931 bis zum 3. Januar 1932 dürfen keine politischen Versammlungen abgehalten werden, und das Verteilen oder Aufhängen von Flugblättern ist verboten.

1932

Das Jahr 1932 schließt die Abschaffung des parlamentarischen Systems in den aufeinander folgenden Diktaturen ab. Am 13. April 1932 ordnet Brüning *die Auflösung der S.A. und der S.S. an*. Er bekommt noch die Gelegenheit, am 4. Mai alle proletarisch-atheistischen Organisationen zu verbieten und *die militärischen politischen Formationen der Arbeiterparteien unter die Kontrolle des Innenministeriums* zu stellen, aber dann ist es aus mit ihm. Er muss nachgeben. Die Bourgeoisie muss ihren Sieg über die Arbeiterklasse weiter festigen, um jede politische Aktivität der Arbeiterklasse mit Hilfe der Stellvertreter unmöglich zu machen.

Am 2. Juni 1932 wird von Papen¹² sein Nachfolger. Und weil ein guter Anfang die halbe Arbeit ist, beginnt er am 14. Juni mit einer Kürzung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrente und einer Kürzung der Unfallrente; Kürzung der Arbeitslosenhilfe und Verlängerung der Wartezeit; Lohnkürzung für die Beamten um 5 %, mit Kindern um 2½ %, Erhöhung der Fleischsteuer, die 80 bis 100 Millionen einbringen soll; Steuer auf Salz.

Der A.D.G.B. hatte eine Delegation zu von Papen geschickt, um seine Einwände gegen die vorgeschlagene Notverordnung vorzubringen. Aber die Regierung konnte keine Zugeständnisse machen. Und „*weil die Gefahren für die Sozial- und Lohnpolitik, die durch eine politische Krise bei Ablehnung der Notverordnung entstehen würden, viel schwerwiegender wären*“, beschloss der A.D.G.B., nichts dagegen zu unternehmen (Juli-Sitzung des Bundesrates).

Zwei Tage später, am 18. Juni, wird eine neue Notverordnung erlassen, mit der das Verbot von S.A. und S.S. aufgehoben wird. Auch das Uniformverbot wird aufgehoben. In der Notverordnung vom 29. Juni wird die Anwendung des einheitlichen Verbots jedoch den einzelnen Landesregierungen überlassen, und zwar für Parteien, die als schädlich für die öffentliche Ordnung angesehen werden. Die örtliche Polizei ist befugt, Versammlungen und Aufmärsche zu verbieten und Propagandamaterial nach eigenem Ermessen zu beschlagnahmen. Alle öffentlichen Sitzungen müssen innerhalb von 48 Stunden bei der Polizei beantragt werden.

17. Juli 1932: Notverordnung über den *freiwilligen Arbeitsdienst*.

Geförderte Arbeitslose unter 25 Jahren können freiwillig bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden. Das Arbeitsamt und die Arbeitslosenversicherung werden zu einer Einrichtung zusammengefasst und damit die

¹² Franz Joseph Hermann Michael Maria von Papen (1879-1969), Mitglied der katholischen Zentrumspartei. (siehe Wikipedia)

Grundlage für die bevorstehende Einführung der Arbeitsdienstpflicht geschaffen. Damit wird die Forderung der Kohlebarone erfüllt. Bereits am 8. Mai 1930 schrieb die „Bergwerkzeitung“:

„Vor allem unverheiratete Arbeitslose sollten zur Arbeit gezwungen werden. Das ist es, was die Notwendigkeit und die Vernunft verlangen. Aber auch der Vorschlag der Wirtschaftspartei, eine – wenn auch begrenzte – Arbeitspflicht einzuführen, muss mit Nachdruck diskutiert werden.“

29. Juli 1932: Neuer Burgfrieden verkündet.

Während des gesamten Monats August dürfen keine Versammlungen oder Demonstrationen stattfinden. Das Verteilen oder Aushängen von Flugblättern ist verboten. Und es ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Polizeikommissare, diese Diktatur über die Arbeiterklasse auszuüben. Grzesinski hatte in seinen „Silvesterüberlegungen“ um Ausnahmeregelungen gebeten, nun, er wird sie bekommen und er kann sie selbst ausführen. Vor uns liegt ein Flugblatt aus jener Zeit, eine Veröffentlichung der Zeitung „Kampfruf“, dem Organ der revolutionären Betriebsorganisation, in der verkündet wurde, dass die Zeitung nicht veröffentlicht werden kann. Sie war von Greszcinski verboten worden ...! In der Untersagungsverfügung gab er als Grund an: „[...] böswillige Verunglimpfung von Mitgliedern der Reichsregierung, Aufstachelung zu rechtswidrigem Streik, Massenstreik, allgemeinem Aufruhr mit dem Ziel der Rätediktatur [...] die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird durch die Verbreitung der Zeitung gefährdet.“ (Verbot vom 24. November 1931 bis 24. Februar 1932).

DER UNTERGANG DER ALTEN ARBEITERBEWEGUNG

Wenn wir jetzt, 1939, auf die Zeit von 1930 bis 1933 zurückblicken und sie mit der darauffolgenden Zerstörung der alten Arbeiterbewegung in Beziehung setzen, wird deutlich, dass sie sich ihr eigenes Grab geschaufelt hat. Sie hat es getan, weil sie keine andere Wahl hatte. Die deutsche Wirtschaft brach in dieser Zeit weiter ein. Die Zahl der nicht länger unterstützten und „zugewiesenen“ Arbeitslosen wird auf dem Höhepunkt der Krise auf neun Millionen geschätzt, während Hunderttausende halbtags arbeiteten. Es ist daher davon auszugehen, dass etwa 30 Millionen Menschen in Deutschland direkt vom Hunger betroffen waren. Hier musste eine Entscheidung getroffen werden. Es musste eine Lösung geben. Und wenn sie nicht sozialistisch sein könnte, dann würde sie kapitalistisch sein.

Das Wesen einer jeden Krise besteht darin, dass die in den Fabriken und in der Arbeiterklasse akkumulierten Produktivkräfte nicht arbeiten können, weil die Eigentumsverhältnisse dies nicht zulassen. Die Bedürfnisse der hungernden Millionen sind natürlich sehr groß, aber sie können nicht befriedigt werden, weil die Unternehmer ihre Produkte nicht mit Gewinn verkaufen können. Schließlich arbeiten sie nicht für die Bedürfnisse des Volkes, sondern für den Profit. Die Unternehmer können ihre „Verpflichtungen“ nicht erfüllen, wenn es keinen Gewinn gibt. Deshalb stehen die Arbeiter in jeder Krise vor dem gleichen Problem: Sie müssen entweder die Produktivkräfte in Bewegung setzen, indem sie ihnen ihren Kapitalcharakter nehmen und die Produktion auf die Bedürfnisse der Massen ausrichten, oder sie müssen eine Verschärfung der Ausbeutung über sich ergehen lassen, um eine neue Profitgrundlage für das Kapital zu schaffen. Es gibt keine andere Lösung. Die Arbeiter stehen also immer vor der Frage, ob sie die Krise sozialistisch oder kapitalistisch lösen sollen.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung sind jedoch die schärfsten Gegner einer sozialistischen Lösung. Der Angriff auf das Privateigentum, auch wenn er nur als Tendenz in Form von Betriebsbesetzungen auftritt, findet in ihnen die stärksten Gegner. Daher haben sie keine andere Wahl, als die kapitalistische Lösung zu unterstützen oder sich ihr zumindest nicht zu widersetzen. Und das ist es, was die alte Arbeiterbewegung in allen Ländern tut.

Inmitten der hungernden Millionen im Krisenland Deutschland hatte dies jedoch weitreichende Folgen. „Ruhe und Ordnung“ konnten nur mit dem Bajonett gesichert werden. Die „Demokratie“ versuchte, sich durch die Abschaffung der Demokratie zu erhalten. Die bedrohte Staatsmacht unterdrückte wiederholt die bürgerlichen Freiheiten der gegnerischen Parteien und der kämpfenden Arbeitermassen; sie herrschte zunehmend als „totalitäre“ Staatsmacht. Doch mit der Zerschlagung der Arbeiter schwand gleichzeitig die Kraft der untergehenden alten Staatsmacht, sich der faschistischen Opposition entgegenzustellen. Die Ausnahme Gesetze, die sich zunächst gegen Faschisten, Kommunisten und aufständische Arbeiter gerichtet hatten, richteten sich also nur gegen die Kommunisten und aufständischen Arbeiter. Und bald wandten sich die Ausnahme Gesetze, die die Sozialdemokratie gefordert hatte, gegen sie. Wo waren die arbeitenden Massen, um sie zu verteidigen? Sie hatte dazu beigetragen, sie ihrer Bewegungsfreiheit zu berauben, und hatte selbst dazu beigetragen, die kämpfenden Arbeiter zu verprügeln. Die alte Arbeiterbewegung hatte ihre eigene Existenzbedingung – die liberale Staatsordnung – zunehmend unterminiert und sich selbst überflüssig gemacht. Der „totalitäre“ Staat wird also nicht von Hitler „eingeführt“, sondern von der nationalsozialistischen Bewegung aus den vorherigen Diktaturen übernommen und weiterentwickelt. Hitler

hat den „Kommunismus“ nicht besiegt, denn das war bereits unter den Diktaturen mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften geschehen. Hitler brauchte nur den alten Müll von Organisationen, die sich selbst überflüssig gemacht hatten, wegzuräumen und zu Grabe zu tragen.



NIEDERLÄNDISCH-INDIEN IN UND NACH DER KRISE VON 1929

13

EINFÜHRUNG

Um die Veränderungen nachzuvollziehen, die die Krise von 1929 auf die indische Geschäftswelt und die arbeitenden Massen ausübte, ist es notwendig, die Wirtschaftsstruktur von Niederländisch-Indien¹⁴ genauer zu betrachten.

Wir beschränken uns auf diejenigen Produktionszweige und Bevölkerungsgruppen, die direkt oder indirekt an der kapitalistischen Produktionsweise beteiligt sind. Neben der kapitalistischen Produktionsweise gibt es in Niederländisch-Indien auch verschiedene Formen primitiver und feudaler Produktion.

Die verschiedenen Produktionsgrundlagen stehen manchmal nebeneinander, sind aber auch an anderer Stelle völlig miteinander verwoben. Aber bei all dem expandiert die kapitalistische Produktionsweise ständig auf Kosten der beiden anderen und wird dabei vom niederländischen Staat unterstützt, der sich mit allen Mitteln, die er zu diesem Zweck einsetzt, in keiner Weise von einer imperialistischen Kolonialmacht unterscheidet.

Sie setzt sich auch heute noch fort, wie sie in der Vergangenheit begann.

Nach einer Vorperiode am Ende des 16. Jahrhunderts, in der mehrere Handelshäuser („Compagnieën“ genannt) miteinander um den Handel in Niederländisch-Indien konkurrierten, konzentrierte sich das alte niederländische Handelskapital 1602 in die „Verenigde Oost-Indische Compagnie“, die das Monopol für den Handel in Ostindien erhielt.

Um den wirtschaftlichen Einfluss der O.I.C.¹⁵ in Indien auszuweiten, bediente sich die Republik bald auch politischer Machtmittel, um den Widerstand der indischen Fürsten und die Aufstände der Bevölkerung gegen die wilde Ausplünderung und Ausrottung niederzuschlagen. Das Handelsmonopol „musste von uns [der niederländischen Bourgeoisie, G.I.C.] erworben werden, und als es einmal erworben war, wurde ohne Zögern jedes Mittel eingesetzt, das zu seiner Erhaltung nützlich war. Die Interessen dieser Bevölkerung kümmerten die Machthaber wenig; die Muslime und Heiden waren in den Augen der Christen minderwertig; nach damaliger Auffassung waren sie – man bediente sich gerne biblischer Ausdrücke – eine ‚falsche und verdrehte‘ Rasse, die, wenn sie sich der ‚Compagnie‘ widersetzte, notfalls die Vernichtung verdiente.“ (1)

Die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung durch die O.I.C. (neben der Produktion für den Eigenbedarf, für den Fürsten und seine Vasallen musste die javanische Desa-Bevölkerung¹⁶ auch für die Kompanie arbeiten) wurde, nachdem diese Kompanie Ende des 18. Jahrhunderts aufgehört hatte zu bestehen, zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch das sogenannte Kultursystem (Cultuurstelsel¹⁷) abgelöst.

¹³ Auszugsweise nachgedruckt in: Monatsbulletin Spartacus, Kommunistischer Bund Spartacus, Nr. 10 und 11, Oktober-November 1945, S. 99 <https://www.aaap.be/Pages/Spartacus-Maandschrift.html>

¹⁴ Niederländisch-Indien, heute Indonesien

¹⁵ O.I.C., Bedeutung: Verenigde Oost-Indische Compagnie (V.O.C.), gegründet 1602, Konkurs 1800 (siehe Wikipedia)

¹⁶ Ein Desa ist ein Dorf oder ein Dorfgebiet im ländlichen Indonesien. In Niederländisch-Ostindien bildete die Desa die untere Verwaltungsebene, die wiederum Teil des Subdistrikts war. Die Desa besteht oft aus mehreren Kampongs (indonesisch: kampung). (siehe Wikipedia)

¹⁷ Unter Kultursystem (Cultuurstelsel) versteht man das System der Zwangsarbeit und Zwangslieferung gewisser Produkte, welches für die Eingeborenen in Java bestand. (http://www.ub.bildarchiv-dkg.uni-frankfurt.de/Bildprojekt/Lexikon/php/suche_db.php?suchname=Kultursystem)

1830 wurde ein gewisser Van den Bosch¹⁸ nach Java geschickt, um die Ausplünderung der javanischen Landbevölkerung zu organisieren, damit die Defizite der holländischen und indischen Staatskasse in „Überschüsse“ umgewandelt werden konnten. Dieser Van den Bosch, der bereits Gouverneur von Niederländisch-Guayana¹⁹ in Südamerika war (wo Sklavenarbeit die Grundlage der Produktion bildete), verfolgte konsequent die O.I.C.-Linie und verlangte auch von der Bevölkerung „obligatorische Quoten“, herrschaftliche Dienste und die Umwandlung von Reisland in Kulturland, auf dem für den europäischen Markt geeignete Produkte angebaut werden sollten. Während in der Zeit von 1630 bis 1835 bereits 18 Millionen Gulden aus Niederländisch-Indien geplündert worden waren, waren es für die gesamte Zeit des so genannten Kultursystems rund 900 Millionen Gulden.

Ein ehemaliger Inspektor der Kulturen erzählt uns, wie viel Willkür in das Leben der Eingeborenen einging. In einer Residenz war die Bevölkerung gezwungen, Millionen von Kaffeebäumen in kalkhaltigen, völlig unfruchtbaren Boden zu pflanzen. Nachdem dort fünf Jahre lang ± 2000 Pflanzer beschäftigt waren (von denen einige 28 Meilen zurücklegen mussten, um die Plantagen zu erreichen), wurden aus all diesen Gärten nur 3 Picoliter²⁰ Kaffee geerntet, was einen „Lohn“ von 36 f oder 1/1000 Cent pro Mann und Tag ergab. Und außerdem mussten die Frondienste geleistet werden. „Die in der Regel unbezahlten Frondienste für die Behörden werden für den Bau und die Instandhaltung von Straßen, Brücken, Wasserleitungen, Dämmen, Schleusen, Kanälen und Befestigungen, für den Bau von Wohnhäusern für europäische und einheimische Beamte, Pasang-Grahan's (Rastplätze für reisende Beamte) und Poststationen in Anspruch genommen; für die Zustellung von Briefen und Paketen im Landesinneren, die Überführung von Gefangenen, die Bewachung öffentlicher Gebäude und der Residenzen von Beamten, das Mähen von Gras für die Postpferde des Gouverneurs und die Bereitstellung und Unterhaltung sogenannter ‚Freipferde‘, um dem Gouverneur die tatsächlichen Ausgaben für den Postpferdedienst zu ersparen; für den Transport der beträchtlichen Mengen an Kupferdukaten, die er als Rückzahlung der Landzinsen erhalten hatte, und die Bereitstellung der dafür benötigten Fuhrwerke und Zugtiere.“ (2).

Zu dieser Zeit fand der „assistent-resident“²¹ Douwes Dekker²², der 1856 sein Amt in Lebak antrat, dort schreckliche Zustände vor, die zur Veröffentlichung seines berühmten Buches „Max Havelaar“ führten. Und auf diese Zeit bezieht sich Friedrich Engels in einem Brief an Bebel vom 18. Januar 1874²³, in dem er die Situation auf Java unter diesem Kultursystem skizziert:

„Wenn Du ein Muster von Staatssozialismus studieren willst, dann: Java. Hier hat die holländische Regierung die ganze Produktion auf Grundlage der alten kommunistischen Dorfgemeinden so schön sozialistisch organisiert und den Verkauf aller Produkte so hübsch in die Hand genommen, dass außer ca. 100 Mill. Mark Gehälter für Beamte und Armee noch ein Reinertrag von ca. 70 Mill. Mark jährlich abfällt zur Zahlung von Zinsen für die unglücklichen holländischen Staatsgläubiger. Dagegen ist Bismarck doch ein pures Kind!“ (3).

Durch dieses System der organisierten staatlichen Ausbeutung (mittels der Nederlandse Handels-Maatschappij) produzierte die einheimische Bevölkerung den Teil des Kapitals, der für die weitere Entwicklung des Kapitalismus unerlässlich ist. Mit dieser ursprünglichen Akkumulation ebnete der Staat den Weg, auf dem später Kapital aus den Niederlanden und anderen Ländern abfließen sollte, um dort zu expandieren.

Die gesamte Bourgeoisie als Klasse profitierte also von diesen Maßnahmen, auch wenn sie sich dessen natürlich erst bewusst wurde, als sie damit beginnen konnte, Kapital nach Niederländisch-Indien zu exportieren. Solange *dies* noch nicht möglich *ist* und die Staatskasse gefüllt werden muss, d.h. solange die Periode der ursprünglichen Akkumulation noch in vollem Gange ist, ist sie ungeduldig, macht die Regierung dafür verantwortlich, dass sie keine oder nur sehr wenig einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, im Parlament kritisiert sie die Schwierigkeiten, auf die die „Privatinitiative“ im Parlament stößt, wirft der Regierung ihre Härte gegenüber den Einheimischen vor und behauptet, dass sie es anders, menschlicher machen würde. Sie fordert bessere Lebensbedingungen, eine Verbesserung der „medizinischen Versorgung“,

¹⁸ Engelbertus Batavus van den Bosch, (1789-1851). Niederländischer Marineoffizier und Minister. Er wurde mit dem Militaire Willemsorde für seine Strafexpedition gegen balinesische Fürsten ausgezeichnet. (siehe Wikipedia)

¹⁹ Niederländisch-Guayana: derzeit Surinam.

²⁰ „Das Pikol ist eine alte malaiische Gewichtseinheit, die dem Gewicht entspricht, das ein Arbeiter tragen konnte. Der Pikol entsprach einem Gewicht von etwa 62 kg. (siehe Wikipedia)

²¹ Der ranghöchste niederländische koloniale Beamte einer Kommunalverwaltung

²² Eduard Douwes Dekker (1820-1887), der unter dem Pseudonym Multatuli schrieb. (siehe Wikipedia)

²³ Friedrich Engels an August Bebel, 18. Januar 1884, M.E.W., Bd. 36, S. 88

der Löhne, des Bodens, der Bildung, die Einrichtung von Versuchsanstalten und so weiter und so fort. Dieser Teil der Bourgeoisie, der über Kapital für Investitionen in Niederländisch-Indien verfügt oder einen Markt für seine (Textil-)Produkte sucht, dieser Teil der herrschenden Klasse wird zeitweise „ethisch“ und setzt der Politik der Regierung die „ethische“ Politik entgegen. Doch hinter diesem Deckmantel verbirgt sich das Investitionskapital, das bald in Strömen nach Niederländisch-Indien fließen wird.

DIE POLITIK DER „OFFENEN TÜR“

Nach der Zeit des Kultursystems steigen die Investitionen des europäischen Kapitals und mit ihnen die Produktion und der Export, zunächst von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und dann von mineralischen Rohstoffen.

Das Gleiche gilt für die Kapitalinvestitionen an der Ostküste Sumatras und auf Java (in Tausenden von Gulden):

Länder	im Jahr 1913	Im Jahr 1924	Im Jahr 1929	Java
Niederländisch	109.567	242.056	360.752	1.118.089
Britisch	56.631	80.338	124.726	142.085
Amerikanisch	17.160	40.750	53.035	--
Französisch-belgisch	17.723	48.368	72.578	35.992
Schweizer	3.065	6.419	4.414	--
Andere	2.008	--	--	--
Japanisch	--	6.677	13.717	5.923
Deutsch	--	5.725	8.121	5.780
Andere	--	8.369	4.906	--
Italienisch	--	--	--	2.194
Insgesamt	206.154	438.722	642.219	1.332.414

Die Kapitalinvestitionen in Südsumatra beliefen sich 1929 auf insgesamt 90.443.000 Gulden, während das in Niederländisch-Indien in das Großkulturgeschäft investierte Gesamtkapital auf 2½-3 Milliarden Gulden geschätzt wird, wovon etwa ½ amerikanisches und englisches Kapital ist (4).

Diese Investitionen erfolgten vor allem in den Bereichen Kautschuk, Tabak, Ölpalmen, Tee, Fasern, Kopra²⁴, Kaffee, Zucker und Kinas²⁵. Ende 1928 beliefen sich die Ausfuhren aus Niederländisch-Indien auf:

Kautschuk	35% der weltweiten Ausfuhren
Zucker	11% der weltweiten Ausfuhren
Kaffee	8% der weltweiten Ausfuhren
Tee	17% der weltweiten Ausfuhren
Kina	93% der weltweiten Ausfuhren
Kopra	30% der weltweiten Ausfuhren
Coca-Blatt	58% der weltweiten Ausfuhren
Kapok ²⁶	79% der weltweiten Ausfuhren

²⁴ Klapperprodukte: bezieht sich auf Kopra, das getrocknete Fruchtfleisch der Kokosnuss. Es ist ein Grundstoff für Margarine. (siehe Wikipedia)

²⁵ Kina: Rohstoff u.a. für Chinin. (siehe Wikipedia)

²⁶ Kapok: baumwollartiges Material. (siehe Wikipedia)

Pfeffer	70% der weltweiten Ausfuhren
---------	------------------------------

Neben Produkten wie Sisal, Hanf und Mais exportiert man auch Bauxit, Zinn (20 % der weltweiten Zinnproduktion) und Öl (drittgrößtes Exportland der Welt).

Niederländisch-Indien ist vor allem ein Exportland von Rohstoffen, insbesondere von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und mineralischen Rohstoffen. Es gibt praktisch keinen Export von Industrieprodukten.

Den Exporten von Rohstoffen stehen Importe, insbesondere von Fertigwaren, gegenüber.

1. Garne, Stoffe, Modeartikel
2. Lebensmittel und Getränke
3. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Waffen
4. chemische Produkte, Medikamente, usw.
5. Metallerzeugnisse
6. Fahrzeuge und Ersatzteile

Der Wert der exportierten Waren ist viel höher als der Wert der importierten Waren. Die Niederländisch-Indischen Inseln haben also eine aktive Handelsbilanz (d. h. sie haben Schulden gegenüber dem Ausland).

Aktive Handelsbilanzen in:

1885	49.600.000
1905	95.900.000
1913	177.520.000
1929	390.900.000

Diese Handelsbilanzen verdeutlichen die „Politik der offenen Tür“, die das niederländische Ostindienkapital bis 1929 verfolgte. Es verfügte nicht über eine eigene Industrie, die es mit den notwendigen Fertigprodukten versorgen konnte. Es musste auf den Weltmarkt und zu den billigsten Anbietern gehen.

Aber es war auch auf den Weltmarkt angewiesen, um seine Rohstoffe zu verkaufen. Dort fand es seine Käufer und wurde zu den für es günstigsten Bedingungen verkauft. Auf diese Weise wurden die niederländisch-indischen Inseln zu einem Beispiel dafür, wie „liberale Politik“ (sprich: freier Kapitalverkehr) zu großen Vorteilen für „Land und Volk“ führte.

Die Krise von 1929 würde jedoch auch den liberalen Kapitalismus in Niederländisch-Ostindien zerstören, da sich der Kapitalverkehr nach der Krise veränderte.

DIE KRISE VON 1929

Da Niederländisch-Indien ein typisches koloniales Rohstoffexportland ist, ist es in hohem Maße konjunkturabhängig. Die Exporte betragen 1928 (ohne Gold und Silber, Postpakete, Passagiergüter und Schiffsgebrauch) 1.577 Millionen Gulden, 1935 waren es 451,3 Millionen. Die Einfuhren betragen 1928 981,9 Millionen Gulden und 1935 274,4 Millionen Gulden. Die aktive Handelsbilanz sank daher von 595,1 Millionen Gulden im Jahr 1928 auf 176,9 Millionen Gulden im Jahr 1935.

Der wert- und mengenmäßige Rückgang der Ausfuhren einiger Erzeugnisse zeigt Folgendes (Menge in 1000 Tonnen, Wert in Millionen Gulden):

		1929	1934
Kopra	Wert	97,6	16,8
	Menge	508,8	421,8
Kapok	Wert	13,4	6,0
	Menge	17,7	21,1
Erdöl	Wert	185,2	98,6
	Menge	4441,0	4912,0
Gummi	Wert	233,4	87,9
	Menge	262,7	385,0
Zucker	Wert	311,6	44,8

		1929	1934
	Menge	2946,4	1103,9
Zinn	Wert	79,2	32,9
	Menge	41,7	23,3
Tabak	Wert	83,2	39,3
	Menge	75,3	45,6

(5)

Aus diesen Daten geht nicht nur hervor, in welchem Umfang die Ausfuhren der wichtigsten Exportprodukte zurückgegangen sind, sondern auch, in welchem Umfang die Preise für diese Produkte gesunken sind.

Noch deutlicher wird der Preisrückgang bei den indischen Exportprodukten jedoch in der folgenden Tabelle dargestellt:

Preise einiger wichtiger Exportgüter (in Gulden)		
	1929	1934
Zinn (pro 100 kg)	243,40	164,98
Gummi (pro Pfund)	0,54	0,20
Sisal (pro 100 kg)	52,25	13,75
Zucker (Superior 2. Hand pro 100 kg.)	13,66	5,70
Kaffee (Robusta pro 100 kg.)	89,57	25,97
Tee (pro Pfund)	0,57	0,34
Weißer Pfeffer (pro 100 kg)	229,54	58,13

(6)

Neben diesem Preisverfall ist auch zu berücksichtigen, dass die Importpreise zunächst langsamer fielen als die Rohstoffpreise, was zu einer Verschlechterung des Umtauschverhältnisses führte und einen zusätzlichen Nachteil für die niederländisch-indische Besitzerklasse insgesamt darstellte.

Die ungünstigen Auswirkungen der Krise lassen sich auch an einigen anderen Beispielen ablesen.

Zucker

Der Umsatzrückgang war vor allem auf die sehr starke Erhöhung der Einfuhrzölle für Britisch-Indien zurückzuführen²⁷, die es zum Schutz seiner modernisierten Zuckerindustrie erhob.

Infolgedessen sank die Produktion Javas, die 1929 bei 2.935.317 Tonnen lag, auf 515.554 Tonnen im Jahr 1935. Aufgrund der sinkenden Produktion sank die Zahl der Lohnarbeiter und damit auch die Gesamtsumme der Löhne. Der Gesamtbetrag der von der Zuckerindustrie direkt an einheimische Arbeiter gezahlten Löhne (abgesehen von den Löhnen, die von den Eisenbahn- und Straßenbahngesellschaften, den Hafengesellschaften, den Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten infolge der Tätigkeit der Zuckerfabriken an einheimische Arbeiter gezahlt wurden) belief sich 1929 auf 102,- Mio. f und 1934 auf nur 9.712.000 f. Von 179 Fabriken waren 1936 nur noch 34 übrig. Die Zuckerausfuhren schließlich gingen um 52 % zurück. Um dem Preisverfall entgegenzuwirken, wurden Produktionsvereinbarungen mit anderen zuckerproduzierenden Ländern geschlossen. (7)

Gummi

Aufgrund des Preis- und Absatzeinbruchs mussten mehrere Unternehmen die Anzapfung einstellen. Auch die Produktion von Populationskautschuk²⁸ ging zurück.

²⁷ Britisch-Indien, d. h. das heutige Indien, Pakistan und Bangladesch

²⁸ Populationskautschuk: Kautschuk, der von Eingeborenen auf ihren eigenen Farmen gewonnen wird (Van Dale, siehe Wikipedia)

Kautschukausfuhr aus Niederländisch-Indien (Preise in Batavia p. ½kg.).				
	Gummi für Unternehmen	Gummi für Bevölkerung	Insgesamt	Preis
1927	--	--	--	99 ct.
1929	149.000 Tonnen.	110.000 Tonnen.	259.000 Tonnen.	54 ct.
1932	150.000 Tonnen.	65.000 Tonnen.	215.000 Tonnen.	8½ ct.

(9)

Dieser Preisverfall war so verheerend, dass der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Kautschukländern unweigerlich zu großen Katastrophen führen würde, vor allem jetzt, da sich die Kautschukpreise auf einem viel niedrigeren Niveau als vor der Krise stabilisiert hatten. Dies bedeutete, dass das gesamte Weltkautschukkapital sich nur durch Produktionsvereinbarungen retten konnte, um den Preis zu regulieren.

Tee

Tee wird ebenso wie Kautschuk auf kapitalistischen Farmen und von javanischen und sumatranischen Teebauern angebaut.

Die Teeausfuhren gingen während der Krise nicht zurück, sondern stiegen sogar leicht an. Das in die Teegesellschaften investierte Kapital wurde jedoch dadurch beeinträchtigt, dass der Teepreis, der 1928 bei 75 Cent pro Pfund lag, 1932 auf 28¼ Cent fiel. (10) Auch hier wurden Produktionsvereinbarungen mit Britisch-Ostindien und Ceylon getroffen.²⁹

Zinn

Aufgrund des kontinuierlichen Rückgangs des Zinnverbrauchs und der daraus resultierenden Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen zinnproduzierenden Ländern, der sie alle in den Abgrund zu reißen drohte, wurde im März 1931 ein Produktionsquotensystem eingeführt.

Nimmt man noch hinzu, dass während der Krise die Körperschaftssteuer von 59,3 Mio. im Jahr 1928 auf 7,8 Mio. im Jahr 1934 sank, dass die Bruttoeinnahmen aus dem Opiumverkauf von 41 Mio. im Jahr 1929 auf 9,5 Mio. im Jahr 1935 zurückgingen, dass außerdem die Schlacht-, die Streichholz- und die Grundsteuer (um nur einige zu nennen) sanken, dann wird nicht nur deutlich, dass während der Krise die Verschuldung Ostindiens um 500.000.000 Gulden auf einen Gesamtbetrag von 1½ Milliarden Gulden stieg, sondern auch, dass die Krise die Geschäftswelt in Niederländisch-Ostindien sehr stark betroffen hatte.

DIE KRIENSANIERUNGSMASSNAHMEN

Natürlich stand die „traditionelle“ Krisenbewältigungspolitik an der Spitze. Sie begann damit, den Betrieb der Unternehmen einzuschränken, die Kostpreise zu senken und die Expansion der Unternehmen zu stoppen. Die Löhne der Europäer wurden manchmal um 50-60 %, die der Einheimischen manchmal um 70-80 % gekürzt.

Den indischen Kapitaleignern und ihrem Generalvertreter, der Regierung von Niederländisch-Indien, wurde jedoch bald klar, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden mussten, um die Rentabilität der Kapitale wiederherzustellen.

Wie bereits erwähnt, werden mehrere Exportkulturen von Plantagen produziert, die mit europäischem Kapital *und* der einheimischen Bevölkerung arbeiteten.

Infolge der Krise fielen die Preise und um dem entgegenzuwirken, beschlossen die verschiedenen Länder, den Anteil jedes Landes an der Weltproduktion aufzuteilen (zu begrenzen). Das erste Ziel der betroffenen Länder bestand darin, die Krisenverluste an die inländischen Erzeuger weiterzugeben, die für den Export arbeiteten. Nehmen wir die Kautschukproduktion als Beispiel.

1934 begannen die Regierungen von Niederländisch-Indien und der Niederlande, in Ostindien organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, um die mit den anderen Regierungen vereinbarten Beschränkungen umzusetzen.

Es wurden zwei Systeme eingeführt:

1. Das so genannte „individuelle System“ für den Unternehmensgummi

²⁹ Ceylon, heute Sri Lanka

2. Der so genannte „Besondere Ausfuhrzoll“ (B.U.R.) für Bevölkerungskautschuk

Auf der Basis dieser Unterscheidung zwischen Unternehmens- und Volkskautschuk begünstigte die Regierung den ersteren, indem sie dem europäischen und amerikanischen Kapital erlaubte, den vollen Verkaufswert pro Kilogramm Kautschuk zu erhalten. So wurde der Unternehmer mit 73 Cent pro Kilogramm „belohnt“, während der Einheimische nicht mehr als das so genannte Grundniveau erhielt, das ursprünglich 20 Cent, später 14 Cent betrug, ein Preis, der immer noch 2 Cent unter dem niedrigsten Preis von 1932 lag.

Der Preisunterschied zwischen den beiden zeigt sich darin, dass der Unternehmer in seiner mildesten Form 30 Cent und der Kautschukbauer 20 Cent pro Kilogramm erhielt. In seiner schärfsten Form lagen die Preise bei 73 bzw. 14 Cent.

Von diesen 14 Cents musste der Kautschukfarmer noch einmal 5 % „normalen“ Ausfuhrzoll zahlen, aber nicht auf die Kautschukmenge zum Preis von 14 Cents, sondern auf den vollen Marktwert (d.h. auf 14 Cents plus den von ihm einbehaltenen B.U.R.). Aber die Kautschukbauern wurden immer noch nicht hoch genug besteuert. Da die Kautschukbauern auch den so genannten Nasskautschuk auf den Markt brachten, mussten sie auch B.U.R. für jedes Kilogramm nassen Kautschuk bezahlen, also für Kautschuk und Wasser!

All diese Steuern, also die Differenz zwischen dem vollen Marktwert abzüglich der B.U.R. (neben den anderen „normalen“ Steuern), gingen an die Staatskasse von Niederländisch-Ostindien. Auf diese Weise kam die Regierung von Niederländisch-Ostindien innerhalb von 2½ Jahren in den Besitz von 85 Millionen Gulden, ein Betrag, der den einheimischen Bauern direkt entzogen wurde.

Daraus lässt sich nicht ableiten, dass die Kautschukbauern einen Preis von etwa 14 Cent pro kg erhielten. Im Gegenteil. Ein 40 % nasses Kilogramm Kautschuk hatte einen theoretischen Wert von 9,5 Cent. Davon wurden 5 % Ausfuhrsteuer, 3 % für die Verwaltung der Erntelizenzen, 1 Cent für Transportkosten und weitere 1½ Cent für den Zwischenhändler abgezogen. In Bengkalis³⁰ konnte der Preis so im Dezember 1935 auf 2 Cent pro Kilogramm fallen.

Trotz all dieser Maßnahmen war der Ertrag der Kautschukbevölkerung weit davon entfernt, rentabel zu sein, und so erreichte die Regierung genau das, was sie wollte, nämlich die weitgehende Einstellung des Anzapfens und die völlige Aufgabe in den wichtigsten Kautschukzentren der Division Bengkalis. Damit wurde erreicht, was die Regierung anstrebte, nämlich „den Unternehmer vor der Vernichtung seines Kapitals zu bewahren und ihm einen anständigen, wenn möglich ansehnlichen Gewinn zu sichern“. (11)

Das ist das, was in der kapitalistischen Gesellschaft immer passiert, vor allem wenn auch die Existenz des stärksten Kapitals in einer Krise bedroht ist. Die schwächeren Kapitale werden entweder zerstört oder zu Gunsten der stärkeren absorbiert.

„[...] es ist ein Unterschied, der überall auf der Welt, bei jedem Artikel, besteht, wo man eine organisierte Produktion hat und wo man überhaupt keine organisierte Produktion hat. In solchen Fällen wird die organisierte [hier sollte der Autor hinzufügen: kapitalistisch organisierte] Produktion immer einen besseren und vorteilhafteren Platz einnehmen als die unorganisierte [hier sollte er sagen: nicht-kapitalistisch organisierte] Produktion. Es gibt kein Entrinnen.“ (12)

Die Regierung, die in 2½ Jahren 85 Millionen Gulden einnahm, war sehr gut zu den Einheimischen, sehr „gut“. Sie ist auf den Zug aufgesprungen, um ihnen zu „helfen“. Sie, so schreibt Van Suchtelen, „warf Tausende an Lebensmittel zu, machte aber über ein Jahr lang still und leise weiter der Bevölkerung jeden Monat Hunderte und Tausende zu enthalten.“ Die Regierung war wie „der Mann, der der Bevölkerung von ihrem eigenen Geld ein Trinkgeld zuwarf“.

Die ausgemergelten Kautschukbauern rebellierten, aber die Unruhen waren hoffnungslos. Gouverneur Van Suchtelen, der diese Unruhen aus nächster Nähe miterlebt hat, sprach eher von „Feuerwerkskörpern von Unzufriedenen“. In einem Memorandum der Antwort an die Erste Kammer erklärte die niederländische Regierung ebenfalls: „Es gab keine Anzeichen für spontane Massenaktionen als Symptom einer Bevölkerung, die durch eine Notwendigkeit zum Handeln gezwungen wurde.“

Wenn es in der Realität auch keine Massenaktionen gab, so gab es doch *massenhaftes Elend, massenhaften Hunger und massenhaftes Leid*, obwohl der Kolonialminister am 4. März 1938 in der Zweiten Kammer sagte: „In Niederländisch-Indien wird unter niederländischer Flagge nicht gehungert“. In Soengei Salari, Soengei Apit und in Telok Batil³¹ plünderte die Bevölkerung.

³⁰ Bengkalis ist heute die Hauptstadt der gleichnamigen Regentschaft in der Nähe von Sumatra in der Provinz Riau in Indonesien. Sie befindet sich auf der Westseite der Insel Bengkalis. Sie ist eine Hafenstadt für den Export von Holz, Gummi und Tabak. (siehe Wikipedia)

³¹ Orte in Riau, Sumatra

„Es gab schlimme Vorfälle: Ein chinesischer Händler wurde dort blutig verwundet, als er sein Eigentum verteidigte.“ Außerdem gab es „Feuerwerkskörper von Unzufriedenen“ in Miskoem, Kelapa Pati, Api Api, Boekit Batoe und so weiter. Dort stürmten Hunderte vor die Residenz des „assistent-resident“ in Benkalis und verlangten, dass ihr Hunger gestillt wird. Auch in Senepalan, Tapong Kanan und Tapong Kiri aß die hungrige Bevölkerung aufgrund von Hunger ihre Saatgut-Padi³² auf. In Benkalis war die Bevölkerung „blass von starker Unterernährung“.

Bis jetzt wissen wir nur, was an der Ostküste Sumatras passiert ist. Soweit uns bekannt ist, wurden keine „Einzelheiten“ über die anderen Teile Niederländisch-Indiens berichtet.

Was hier mit Kautschuk geschah, ist auch bei anderen landwirtschaftlichen Kulturen der Fall, bei denen der einheimische Anbau mit der Produktion der Unternehmen einhergeht. Generell gilt, dass die starken euro-amerikanischen Kapitalorganisationen die Krisenverluste immer auf die einheimischen Bauern abgeschoben haben. Auch diese Methode des „Krisensiegs“ ist nicht neu, sie ist „liberal“. Es ist die „Freiheit“ des stärkeren Kapitals, das schwächere zu besiegen, wenn nötig zu vernichten.

Neben all diesen traditionellen Maßnahmen war es jedoch auch notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die anders geartet waren als die oben erwähnte normale „liberale“ Anpassungs- und Kapitalvernichtungspolitik.

ORDNUNG IN NIEDERLÄNDISCH-INDIEN

Der enorme Preisverfall bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen führte zu derartigen Verlusten, dass viele Unternehmen in Niederländisch-Indien, Ost- und Südindien, Ceylon usw. vom Zusammenbruch bedroht waren. Durch eine Reihe von Produktions-, Vermarktungs- und Preisvereinbarungen, die von den verschiedenen beteiligten Regierungen kontrolliert werden, wird versucht, eine neue Grundlage für die Rentabilität dieser Unternehmen zu schaffen. Eine solche staatliche Kontrolle der Produktion, des Exports und der Preisbindung von Gütern erfordert nicht nur die Verabschiedung der notwendigen Gesetze, sondern vor allem auch die Ausstattung vieler staatlicher Stellen mit einem sehr hohen Maß an Exekutivgewalt. Dieser Grad der Macht ist für die verschiedenen Industriezweige mehr oder weniger unterschiedlich und hängt davon ab, in welchem Zustand ein Industriezweig von der Krise getroffen wurde.

Diese Krise hat eine Situation geschaffen, die sich von der Zeit vor 1929 unterscheidet. Damals versuchte jedes Unternehmen in jedem Land (sofern sie nicht bereits in größeren Konzernen und Kartellen miteinander verbunden waren), sein Produkt im „freien“ Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die Gewinne der Unternehmen wurden also durch den freien Kapitalverkehr erzielt. Auf diese Weise regulierte sich das kapitalistische Wirtschaftsleben selbst, d. h. es bildete einen Weltmarktpreis auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktivität der Arbeit im Verhältnis zu Angebot und Nachfrage.

Wenn nach 1929 die Rentabilität des Kapitals so weit sinkt, dass nicht nur die schwächsten, sondern ganze Industriezweige vom Zusammenbruch bedroht sind, wenn sich diese Unternehmen weiterhin im freien Wettbewerb erschöpfen, dann gibt es für diese Kapitale keinen anderen Weg, als „zunächst“ über die Einschränkung der Produktion und die Regulierung der Märkte zur Preisfestsetzung zu kommen. Der Handel, d.h. der Warenverkehr, findet also nicht „frei“ statt, sondern auf der Grundlage von Vereinbarungen, die im Wesentlichen nur die gemeinsamen Profitinteressen der verschiedenen Kapitale zum Ausdruck bringen, wie sie durch die Krise von 1929 gewachsen sind.

Bei der enorm umfangreichen Kontrolle, die für die Umsetzung dieser Vereinbarungen erforderlich ist, finden die verschiedenen Kapitale den notwendigen Apparat im Grunde in ihrem allgemeinen Vertreter, dem Staat, der für eine solche Verwaltungsfunktion voll ausgestattet ist und gleichzeitig über die Zwangsmittel verfügt, um die Vereinbarungen umzusetzen. In Niederländisch-Ostindien erstreckte sich diese staatliche Intervention über mehrere Jahre:

1. ZUCKER (*Java-Zucker*)

Wie bereits erläutert, gingen die Zuckerausfuhren aufgrund des Wegfalls mehrerer Märkte um 52 % zurück. Mehrere zuckerproduzierende Länder haben sich im Rahmen des so genannten Chadbourne-Vertrags darauf geeinigt, bestimmte Beschränkungen für die Zuckerproduktion einzuführen. Im Jahr 1931 führte die Regierung die so genannte „Zuckerexportverordnung“ ein, um dieses Abkommen umzusetzen. Darüber hinaus unterstützte die Regierung die Gründung einer neuen zentralen Verkaufsorganisation, der N.I.V.A.S.³³, in der alle Zuckerunternehmer Mitglied werden mussten. Um einen guten Überblick über das Ganze zu haben, wurde diese Organisation mit Wirkung vom 1. Januar 1933 für 3 Jahre und 3 Monate mit

³² Padi: eine Reisart; Saat-Padi: Reis, der zum Anpflanzen bestimmt ist

³³ Nederlandsch-Indische Vereeniging voor den afzet van Suiker. (siehe Wikipedia)

dem Alleinverkauf betraut. Der Einfluss der Regierung auf diese Organisation zeigt sich darin, dass der Generalgouverneur das Recht hat, den Vorsitzenden zu ernennen und darüber hinaus das Recht hat, die Ausführung bestimmter Entscheidungen zu untersagen, Handlungen zu verbieten oder Anordnungen zu treffen. Außerdem hat sich die Regierung in den Leitungsgremien der N.I.V.A.S. vertreten lassen, indem sie zwei Regierungskommissare für die Zuckerindustrie ernannt hat. Die Krise hatte sich am stärksten in der Zuckerindustrie bemerkbar gemacht, und dort war das Eingreifen der Regierung am größten.

2. TEE

Auch für Tee wurden internationale Vereinbarungen getroffen. Die Regierung ermöglichte ihre Umsetzung durch:

- a. Die „Tee-Export-Anordnung“ (1933) und die „Tee-Export-Verordnung“. Diese regelten die Exportquoten und das Verhältnis, in dem der Bevölkerungstee und der der Unternehmen vermarktet werden durfte.
- b. Die „Teesaatgut-Export-Verordnung“ (1933). Sie verbot die Ausfuhr von Teesaatgut, Teepflanzen und allem anderen Pflanzenmaterial, solange die „Tee-Ausfuhr-Verordnung“ bestand.
- c. Die Verordnung über den Teeanbau (1933). Sie regelt die Erweiterung und Erneuerung bestehender Teeplantagen.

3. GUMMI

Wir haben dies bereits oben ausführlich diskutiert. Zur Umsetzung der internationalen Kautschukübereinkommen wurden die folgenden Dokumente herausgegeben:

- a. Die „Unternehmens-Kautschuk-Exportverordnung“, die die Ausfuhr von Kautschuk ohne Ausfuhrlizenz verbot, die Ausfuhrquoten festlegte und das Produktionsverhältnis von Bevölkerungs-Kautschuk zu Unternehmens-Kautschuk bestimmte.
- b. Die „Bevölkerungs-Gummi-Export-Verordnung“. (Siehe a.)
- c. Die „Gummi-Anpflanz-Verordnung“ (1934)
- d. Die „Verordnung über die Einfuhr von Kautschuk“
- e. Die „Verordnung über die Ausfuhr von Kautschukpflanzenmaterial“ (1934)

4. KINA³⁴

Im Februar 1934 griff die Regierung auf Ersuchen des Vereins von Kina-Rinde Produzenten in die Produktion von Kinarinde ein:

- a. Die „kina-uitvoer-ordonnantie“ und die „kina-uitvoer verordening“. Auch hier regelte die Regierung die Ausfuhr und den Inlandsverbrauch von Kina und legte verbindliche Regeln für die Ausweitung der bestehenden Plantagen fest.
- b. Die „Kina-Anpflanz-Verordnung“ (1935)

5. [Sonstiges]

Zudem gab es internationale Abkommen, die die Regierung umsetzte, z. B. für Zinn, Kapok, Java-Tabak usw. Außerdem musste die Regierung für den Reis-, Mais- und Kedeleer-Anbau (Kedeleer ist eine Hülsenfrucht mit schwarzen Erbsen, aus denen u.a. Soja hergestellt wird) eingreifen, von denen wir jetzt nur die Maßnahmen bezüglich des Reises überprüfen werden.

Im Jahr 1933 erließ die Regierung von Niederländisch-Ostindien eine „Anordnung zur vorübergehenden Beschränkung der Reiseinfuhr“. Aufgrund sinkender ausländischer Reispreise kamen auf Java riesige Mengen Reis auf den Markt; gleichzeitig wurden viele Zuckeranbauflächen in Reisanbauflächen umgewandelt, so dass sich große Mengen an ungekauftem Reis anhäuften, was die Preise noch weiter sinken ließ. Die Regierung griff daraufhin ein, indem sie die Einfuhren kontrollierte und so den Reismarkt in Niederländisch-Indien fast unabhängig vom Weltmarkt machte. Das Ergebnis war ein „stabiles“ Preisniveau, d.h. die Millionen von völlig verarmten Javanern, für die Reis das Grundnahrungsmittel war, konnten ihn nur noch zu „stabilen“, d.h. erhöhten Preisen kaufen. Das Eingreifen der Regierung in den Reisanbau gewinnt an Erklärungskraft, wenn man bedenkt, dass die sinkenden Preise der Grund dafür waren, dass die

³⁴ Kina / Chinin: Das ursprüngliche Antimalariamittel Chinin hat seinen Namen von dem peruanischen-indischen Wort „kina“, was „Rinde des Baumes“ bedeutet und sich auf den Chinarindenbaum bezieht. Aus diesem Baum wurde zunächst Chinin gewonnen. Die peruanischen Indianer nannten ihn den „Fieberbaum“. (<https://orthopaedie-innsbruck.at/definition-quinine-34184>)

Landwirte nicht in der Lage waren, die Rückzahlungen an verschiedene Desa-Banken zu leisten. Die höheren Preise, die die Tanis³⁵ nun erhalten würden (die von der verarmten Bevölkerung aufgebracht werden), könnten zur Bezahlung der Banken verwendet werden. Der Schutz des so genannten „Volkskreditsystems“ war einer der Gründe für das Eingreifen der Regierung in diesem Bereich.

Die oben genannten Beispiele beziehen sich im Allgemeinen auf Ausfuhren und Produktion. Aber auch im Bereich des Imports und des Vertriebs gab es eine sehr starke staatliche Intervention. Der unmittelbare Grund dafür lag in Japan *und* in der veränderten Struktur des niederländischen Ostindienhandels, der nach der Krise auf verschiedene Handelswege verteilt wurde.

Dies zeigt sich unter anderem an den Textilimporten. Die Baumwolltextilerzeugnisse sind die wichtigsten Importprodukte der Niederländisch-Ostindiens.

EINFUHREN IN NIEDERLÄNDISCH-OSTINDIEN (1929)	
Manufaktur-Garne	23,7% der Gesamteinfuhren
Lebensmittel und Getränke	12,3% der Gesamteinfuhren
Maschinen und Werkzeuge	9,7% der Gesamteinfuhren
Geschälter Reis	9,9% der Gesamteinfuhren
Eisen- und Stahlwaren	8,4% der Gesamteinfuhren
Zigarren, Zigaretten, Tabak	3,6% der Gesamteinfuhren
Düngemittel	2,4% der Gesamteinfuhren
Andere Einfuhren	30,0% der Gesamteinfuhren

(12)

Vor der Krise (1928) wurden Baumwolltextilien hauptsächlich von den Niederlanden (26,2 % des Wertes), England (28,6 %) und Japan (25,9 %) eingeführt. Im Jahr 1934 hingegen waren die Einfuhren Englands und der Niederlande zusammen um 39 % zurückgegangen und die Japans um 51 % erhöht. (13)

Gleichzeitig stieg die passive Handelsbilanz der Niederländisch-Indischen Inseln (mit Japan) von 36 Mio. NLG im Jahr 1928 auf 73 Mio. f im Jahr 1934 (wie man sieht, hatten die Niederländisch-Ostindischen Inseln bereits vor der Krise eine passive Handelsbilanz mit Japan).

Eine solche Erhöhung der passiven Handelsbilanz hätte die Besitzerklasse von Niederländisch-Indien nicht sonderlich beunruhigt, wenn nach der Krise ein Verkauf ihrer Rohstoffe auf dem traditionellen „liberalen“ Weg noch möglich gewesen wäre. Nach 1929 jedoch vereinbarten mehrere Länder aufgrund des Schutzes ihrer Industrie und der Begünstigung des Imports aus „ihren“ Kolonien sowie aufgrund der besonderen Situation der rohstoffarmen Länder (für Niederländisch-Indien ist Deutschland von besonderer Bedeutung) einen Warenaustausch.

Für Niederländisch-Indien, das (ohne Japan) immer noch eine aktive Handelsbilanz von 240 Millionen Gulden aufweist, stellt dies ein großes Problem dar.

Je mehr diese Methode des Warenaustauschs fortgesetzt wird, desto mehr wird Niederländisch-Indien, obwohl es über unersetzliche Rohstoffe verfügt, von den stärksten kapitalistischen Ländern in diese Methode des Warenaustauschs einbezogen und gezwungen, Rohstoffe gegen Industriegüter zu tauschen.

Um den Absatz ihrer Rohstoffe anzukurbeln, ist die Bourgeoisie von Niederländisch-Indien daher gezwungen, die verschiedenen Importartikel so weit wie möglich von den Ländern einführen zu lassen, an die sie Rohstoffe verkauft. So ist der Export (d.h. die Realisierung des Mehrwerts auf dem ausländischen Markt) die unmittelbare Ursache dafür, dass der Import reguliert und mit den Ländern, in die er exportiert wird, in Einklang gebracht werden muss. Es ist also nicht der „freie Wille“ der Unternehmer in Niederländisch-Indien, dass die Politik der „offenen Tür“ nun aufgegeben werden muss. Nein, die direkten Profitinteressen des Kapitals erzwingen eine Regulierung der Importe, d.h. eine staatliche Kontrolle durch Quoten, Importlizenzen usw.

Folgende Waren fallen unter die im Zuge der Krise erlassenen Kontingentierungsregelungen: Zement, Bier, bunte Gewebe, gebleichte und ungebleichte Stoffe, Steingut und Porzellan, Erntetöpfe, Düngemittel, Glühbirnen, Baumwolldecken, Badetücher, Baumwollnähgarne, Packpapier, Auto- und Motorradreifen, Manufakturwaren, Konfektionswaren, Eisenvitriol.

³⁵ Tani: Malaiisch, Bauer oder Landwirt

Gleichzeitig führen diese Quotenmaßnahmen dazu, dass die Masse der Bevölkerung noch mehr ausgepresst werden kann. Da alle diese Waren nun unter staatlicher Kontrolle stehen, kann der Staat Niederländisch-Indien gleichzeitig die Preise „regulieren“, d. h. sie erhöhen. In „niederländischer Hochsprache“ heißen „Einfuhrbestimmungen“ (14) folgendermaßen: „Der Preisanstieg, der sich häufig aus dem Quotensystem ergibt, bedeutet jedoch ein gewisses Opfer für die ostindische Gesellschaft, das durch die Exportvorteile, die sich aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergeben, wieder ausgeglichen wird.“ Und kurz davor: „Das Hauptinteresse Niederländisch-Indiens an Kontingenten liegt darin, dass sie verhindern, dass das Land bei den Einfuhren in eine starke Abhängigkeit von einer sehr kleinen Zahl von Lieferanten gerät, während ein bestimmter Anstieg der Preise auch für Indien manchmal notwendig war, um den drohenden Einsturz des Verteilermechanismus zu verhindern.“

Darüber hinaus ergriff die Regierung regulatorische Maßnahmen durch Importlizenzen. Diese bezogen sich auf die Verteilung der Einfuhren auf die Verteilungsapparate. Nach der Krise ging die japanische Invasion von Waren (gegen die diese Einfuhrlizenzregelungen gerichtet waren) Hand in Hand mit der Verdrängung des Vertriebsapparats von Niederländisch-Ostindien durch die Japaner. Japanische Importeure, Kaufhäuser und Tokos³⁶ ersetzten überall die europäischen und inländischen Geschäfte. Um das europäische und insbesondere das niederländische Vertriebskapital zu schützen, griff die Regierung ein, indem sie die für den Verkauf bestimmten Importwaren nur „zugelassenen“ Importeuren zuwies. 38 Artikel fallen unter diese Rubrik.

Mit dem „Wirtschafts-Reglementierungs-Gesetz“ ging die Regierung auch gegen „destruktiven Wettbewerb“ vor. Kleine neue Unternehmen, die sehr billige Artikel herstellten oder billige japanische Artikel verkauften, wurden zu einer großen Gefahr für die alten bestehenden Unternehmen. Unternehmen wurden in diesem Gesetz auch als „Einrichtungen zur Durchführung von Geschäften“ definiert. „In diesem Zusammenhang zielt die Wirtschafts-Reglementierungs-Anordnung darauf ab, indische Unternehmen sowohl vor destruktivem Wettbewerb durch neue, von Landsleuten geführte Unternehmen als auch vor unerwünschtem Einfluss ausländischer Interessen zu schützen.“ (15)

Außerdem sollen die bestehenden „Unternehmen“ (zu denen früher vor allem Nicht-Japaner gehörten) vor der Kapitalvernichtung bewahrt werden. Denn das „Hauptkriterium“ für die Regierung ist: „die Möglichkeit einer zumindest mäßigen Rentabilität des neuen Unternehmens ohne ernsthafte Gefahr der Zerstörung oder Verarmung von solide konzipierten, gut geführten und wirtschaftlich bewertbaren bestehenden Unternehmen“. (16)

Bei dieser „Unternehmensregulierung“ geht es jedoch nicht nur um den Schutz von Kapital. Der Grund für das Zustandekommen dieses Gesetzes liegt vielmehr darin, die staatlich kontrollierten Importe so zu verteilen, dass der Importhandel „für seine Bemühungen angemessen entlohnt“ werden kann. Und dazu ist die so genannte „Ordnung“ erforderlich.

Wie aus all diesen Beispielen hervorgeht, versuchte die Bourgeoisie in Niederländisch-Indien, die Krise nicht nur mit den „liberalen“ Methoden zu überwinden, sondern auch mit den neuen Methoden, die durch die Verhältnisse nach 1929 entstanden. Die Regierung musste stark in die Bereiche Produktion, Vertrieb, Import und Export sowie in die Bereiche Verpackung, Transportunternehmen, Zahlungssysteme, Banken und Arbeitsmarkt eingreifen.

Darüber hinaus war der Staat Niederländisch-Indien, nachdem er den Weg der präventiven Preisüberwachung eingeschlagen hatte, aufgrund der Natur der Situation gezwungen, auf „repressive Preisüberwachungsmaßnahmen“ zurückzugreifen. Dies wiederum zwang den Staat, die Marktbewegungen zu beobachten und den Bedürfnissen des Marktes Rechnung zu tragen. Damit wurde das Angebot so reguliert, dass der Importhandel in seinen Preisen eine angemessene Marge für die Vergütung von Dienstleistungen und Arbeit sah (17).

All dies zeigt, dass die alte „unternehmerische Freiheit“ in Ostindien vorbei ist.

MONGSO METENGGIK

„Die Zeit des hohlen Magens“, so nannten die Einheimischen die Krisenzeit. Der Name ist Programm. Die folgenden Beispiele sollen das Elend in Indien verdeutlichen.

Die Löhne wurden für Einheimische um 60-70 % und, wo möglich, um 80 % gekürzt. Die Europäer erhielten eine Lohnkürzung von 50-60 %. Daher das „schmerzhafteste Phänomen“ des „Europäers aus guter Familie“, der „mit Klimbim von Tür zu Tür zieht und so versucht, seinen Lebensunterhalt zu verdienen“. Der

³⁶ Toko: Malaiisch für orientalisches Geschäft (siehe Wikipedia)

Indoeuropäer, der schon vor der Krise in Gefahr war, weil der mit Diplomatenstiften³⁷ bewaffnete Einheimische seinen angestammten Platz als Schreiber und Unteroffizier einnahm, geriet in ernste Schwierigkeiten. Auch die chinesische Bevölkerung ist sehr verarmt. (18) Mit den vielen Entlassungen, die folgten, fand man nicht nur mehr Einheimische an den Kais und auf den Bahnhöfen, sondern auch Europäer als Taxifahrer. Überall „wimmelt es von einheimischen Bettlern“. (19)

Wie groß das Elend der einheimischen Bevölkerung gewesen sein muss, zum Beispiel in Cheribon und Banjoemas, wo diese Bevölkerung im Zuckeranbau tätig war, geht aus der Tatsache hervor, dass 1933 nur 19 Millionen Gulden an Landpachten, Löhnen, Lieferungen und Entschädigungen für gebrochene Verträge ausgezahlt wurden, verglichen mit durchschnittlich 121,7 Millionen Gulden im Zeitraum 1925-1927 (20).

Die Löhne der Kulis auf Java waren bereits 1931 um 30-40 % gesunken. „Im Jahr 1932 war die Lage deutlich besser“, schrieb „The Economist“ (21), was bedeutet, dass sich der Rückgang der Löhne fortgesetzt hatte. Laut „Bericht des Vorstands“ usw. waren die Löhne der Kulis weiter auf 15 bis 20 Cent pro Tag gesunken, also 50 bis 60 % niedriger als vor der Krise (22).

In Zentraljava gibt es ein paar Millionen Menschen, die von 10 Cent pro Familie (von fünf Personen) leben. „Es gibt nichts mehr zu verpfänden und die meisten haben so gut wie keine Möbel im Haus. Öl für eine einzige Lampe zu kaufen kommt nicht in Frage, und die Leute liegen einfach auf der Balebale“³⁸. Der Schulbesuch ist natürlich sehr rückläufig, die Steuern werden als schrecklich empfunden, und es wird berichtet, dass sogar „die Kinos in den Zentren fast nicht mehr besucht werden“. (23)

Die Situation in Banjoemas war schrecklich. Im Jahr 1929 brachten die fünf großen Zuckerfabriken der Banjoemas-Bevölkerung Löhne im Wert von 4,8 Millionen Gulden ein (zusammen mit Landpachten und anderen Zahlungen). Im Jahr 1934 waren es nur 74.000 Gulden. (24) Vor allem in Süd-Banjoemas, wo es keine Bewässerungsanlagen gibt und die Sawahs³⁹ vom Regen abhängig sind, gab es in den Jahren 1932, 33 und 34 viele Ernteausfälle. Darüber hinaus brach in Tjilatap⁴⁰ eine Malariaepidemie aus, die sich bis nach Kroja⁴¹ ausbreitete. Dass es sich bei dieser Malariaepidemie nicht um ein einmaliges Krisenphänomen für Tjilatap handelt, geht aus der Tatsache hervor, dass in den Berichten beiläufig erwähnt wird, dass der Ort „früher schon als Malariaort bekannt war“.

Der „Indishman“ veröffentlicht eine Übersicht über das Kuli-Budget in Batavia, das über 1800 kommunale Kulis umfasst und sich auf alle batavianischen Kampongs verteilt. „Der Haupteindruck ist, dass die Wohnverhältnisse (außer in den von der Gemeinde bereits verbesserten Kampongs) extrem schlecht sind. Der Kuli verdiente durchschnittlich 30 bis 35 Cent pro Tag und arbeitete dafür von 7 bis 5 Uhr und 25 Tage im Monat. Sein monatliches Einkommen betrug f 7,50 und wurde auf f 8,75 erhöht. Von diesem Betrag waren f 1,50 bis f 2,50 Miete „für ein mit Zeitungspapier ausgelegtes Gedek-Zimmerchen“.⁴² In diesem einen Raum wird gekocht, gegessen, gelebt und geschlafen. Normalerweise ist es ein unglaublich schmutziger Raum, in dem es an Luft und Licht mangelt. „Der Slumlord im Kampong führt ein reiches Leben auf Kosten der Kulis [...]“ (25)

Dies betrifft vor allem einheimische und europäische Lohnarbeiter. Auch die Situation der indigenen Bevölkerung in den Desas selbst ist miserabel. Natürlich behaupten die Berichterstatter, und die Journalle macht es ihnen nach, dass die einheimische Bevölkerung eine sehr starke „Anpassungsfähigkeit“ besitzt. Wie weit diese Anpassungsfähigkeit geht, werden wir später sehen.

Sobald die Krise ausbrach, wurden Tausende von Lohnarbeitern aus den Fabriken und Kulturen entlassen, die Anwerbung von javanischen Arbeitskräften für die Außenregionen wurde gestoppt und die Bevölkerung der Desas nahm nicht weiter ab, die Krise brachte diese arbeitslosen Arbeitskräfte zurück in die Desas. In den Dorfgebieten kehrten die arbeitslosen Javaner in ein Dorf zurück, in dem die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sehr stark gesunken waren und in dem Hunger und Elend zunahmen.

Die Erträge der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gingen schnell und stark zurück, in manchen Fällen um mehr als 70 % in den Dörfern. Die Ausgaben für Kleidung, Gebrauchsgegenstände, Erdöl und andere Artikel

³⁷ Diplomat: Deutsche Marke für teure Füllfederhalter

³⁸ Bale-bale: einheimische Ruhebank aus Bambus, die auch als Schlafsofa verwendet wird (Van Dale) (siehe Wikipedia)

³⁹ Sawah: Javanisch/Malaiisch, Nassreisfeld (manchmal auch anderes Ackerland) mit Bewässerung in Terrassen (Van Dale) (siehe Wikipedia)

⁴⁰ Tjilatap: Ort in Zentral-Java

⁴¹ Kroja: Ort in Zentral-Java

⁴² Gedek: geflochtene Bambuswand (siehe Wikipedia)

gingen jedoch weniger schnell und stark zurück, im Allgemeinen nur um durchschnittlich 50 %. Sogar der Preis für Salz stieg.

Die Löhne in den Desas sanken drastisch, oft um mehr als 60 %, die Beschäftigung ging zurück, aber die Landzinsen sanken nur um 33 % und die Verbrauchssteuern wurden nicht gesenkt.

Die Grundstückspacht ging stark zurück, während die Schulgebühren, Straßenbahn- und Eisenbahntarife nur langsam und in geringem Maße sanken. Außerdem hatte der Landwirt in den meisten Fällen einen Kredit bei einer Volksbank, einer Desa-Bank, einem Pfandhaus oder einem Geldverleiher aufgenommen. Und diese Beträge mussten zurückgezahlt werden (nur beim Pfandhaus gab es in der Krise keine zwingenden Maßnahmen zur Rückzahlung).

Aufgrund dieser Bedingungen war das Elend im Dorf sehr groß geworden. Tausende und Abertausende waren gezwungen, „ihre Felder jahrelang sehr billig zu verpfänden“.

Die Krise hatte verheerende Auswirkungen auf alle in den Desas lebenden Gruppen. Auch auf den kleinen Händler, der auf dem Dorf billig Obst kaufte, um es in der Stadt teurer zu verkaufen. Die Preise für Obst fielen jedoch so stark, dass er sich auf Dauer den Bus oder die Straßenbahn für die Fahrt in die Stadt nicht mehr leisten konnte. Und die Entfernungen konnten nicht zu Fuß zurückgelegt werden. Sie waren zu weit.

In Niederländisch-Ostindien spricht die Presse von so genannten guten Desas. Wie die Situation in einem solchen „guten Desa“ noch im Jahr 1937 war, lässt sich aus dem Folgenden ersehen:

„Sein Rückgang war sehr groß. Die Situation ist immer noch sehr angespannt. Der Tani besitzt praktisch nichts; sein Gold ist längst verkauft, der Schmuck ging ins Pfandhaus, auch Hausrat und Kleidung sind verpfändet, und in den dunkelsten Tagen wurde sogar der abgenutzte Hausrat ins Pfandhaus gebracht. Auf seinem Haus und Hof lastet eine Schuld gegenüber der Gemeindebank. Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn in einem einzigen Bezirk Hunderte von Häusern zwangsversteigert werden. Der Viehbestand hat sich quantitativ und qualitativ verschlechtert, die Desa-Wege sind schlecht und die Sawah-Wasserleitungen werden schlecht gewartet. Große Rückstände bei den Grundstückszinsen mussten abgeschrieben werden.“ (26)

Aktuelle Zählungen in Kedu ergaben, dass 22.689 Familien Schulden in Höhe von 128.000 *f* hatten, dass 62.094 Erwachsene und 45.836 Kinder zusammen nicht mehr als 40.500 Sets (kain und baadje⁴³) an angemessener Kleidung besaßen. Von den 22.689 Familien besaß jede durchschnittlich 30 Cent, während die Schulden 5,63 *f* betragen. Es gab auch Familien, die nur 1 oder 2 Cents besaßen. Andere wieder nichts!

Von diesen Familien besitzen nur 12.232 Ackerland, Haus und Hof. Die anderen Nichtlandwirte verdienen ihren Lebensunterhalt mit dem Weben von Matten, dem Weben von „Loeriks“, der Herstellung von Ziegeln und Dachziegeln, der Verarbeitung von Kokosrinde zu Fasern usw. Sie verdienen durchschnittlich 2 bis 3 Cent pro Tag.

Für ein so gutes Desa beträgt das reine „Einkommen“ 10 Cent pro Tag und Familie. „Es darf keine Rückschläge durch Rattenplage, Käfer, Wurzelfäule und andere Krankheiten in der Ernte oder eine geringere Produktion aufgrund schlechter Wetterbedingungen geben.“ (27) Die Familie des Tani, die im Durchschnitt aus 5 Personen besteht, hat also durchschnittlich 2 Cent pro Person und Tag zur Verfügung. Pro Tag werden etwa 3 Kattie⁴⁴ Reis zu 3½ Cent pro Kattie benötigt. Das sind bereits 10½ Cent. Und wir reden jetzt nicht von dem einen Cent Benzin, den zwei Cent Holz, dem ½ Cent Salz und anderen notwendigen Lebensmitteln, die gekauft werden müssen. In der Praxis werden also zu wenig Lebensmittel gekauft. In einigen Regionen Ostindiens, in denen die Menschen keine Landpacht zahlen konnten, „ermöglichte“ die Regierung, dass die Steuer durch Arbeit bezahlt werden konnte. (28).

Das Elend in den Dörfern ist dadurch gekennzeichnet, dass aufgrund des Preisverfalls sehr wenig Geld in den Dörfern vorhanden ist. Geld ist jedoch für die bäuerliche Bevölkerung notwendig, die ihre Produkte verkaufen muss, um Kleidung zu kaufen, Steuern zu zahlen und in vielen Gebieten Lebensmittel zu kaufen. Die von den Tanis hergestellten Produkte konnten besonders stark im Preis sinken, nicht nur, weil die Weltmarktpreise fielen, sondern vor allem, weil sie die Produkte an Aufkäufer verkaufen mussten, die besonders wenig zahlten, weil die Aufkäufer auch „verdienen“ mussten. Dies ist einer der Gründe dafür, dass in den Dörfern die Preise für die Ernte sehr niedrig waren, so dass in den Desas nur sehr wenig Geld vorhanden war. Da die Bevölkerung jedoch verschiedene Artikel kaufen musste, musste sie aufgrund des

⁴³ Kain: Wickelrock; baadje: ein weites, locker sitzendes Rohr, das bis zur Hüfte reicht

⁴⁴ Kattie: Kati (auch Kattie geschrieben) ist ein altes Maß für Masse, das aus Niederländisch-Ostindien bekannt ist. 1 Kati = 617 Gramm. 100 Kati = 1 Pikul. Die Einheit der Masse stammt aus China, wo sie 16 Tael betrug. Ursprünglich wurde es u. a. zum Wiegen von Opium verwendet. (siehe [Wikipedia](#))

geringen Geldes, das ihr zur Verfügung stand, sehr kleine Mengen kaufen. Dazu konnte der halbe Cent in vielen Fällen nicht mehr verwendet werden.

Auf Bali, wo der Képèng⁴⁵ (1/5 bis 1/7 Cent) früher nur für Geldopfer an die Götter verwendet wurde, wird er nun „regelmäßig von der Bevölkerung [...] zur Bezahlung kleinerer Einkäufe in den Warongs verwendet“.⁴⁶ (29)

Damals erschienen in der indischen Presse Berichte und Artikel über „die Bedeutung des Viertelcent beim Kauf von Lebensmitteln in der Desa“. In anderen Regionen wurde der alte Tauschhandel wieder aufgegriffen. Die lokalen Beamten, Dorfvorsteher und Dorfschreiber des Bezirks Gending⁴⁷ zum Beispiel schrieben, dass es dort keinen Tauschhandel gab. Die Untersuchungen ergaben jedoch, dass wenn man in dem Pasar Posten einnahm und einige Stunden am Tag in den Warongs, konnte man beobachten, dass tatsächlich Tauschhandel betrieben wurde. Nach diesen Untersuchungen hatte der Tauschhandel große Ausmaße angenommen, vor allem das Ei war ein Tauschmittel, dann der Reis, die Kokosnuss und der Mais. Sogar Salz konnte man nur durch Tausch erhalten; so wenig Geld gab es in der Desa (30).

Auch im „Indischen Mercuur“ vom 8. August 1934 steht geschrieben, dass man in der Desa (vor allem in Bangil) Schwierigkeiten hätte, 25 Cent zu wechseln. Die Arbeiter dort, zum Beispiel in Bedji, verdienen etwa 3½ Cent pro Tag und arbeiten dafür zwischen 7 und 16 Stunden. „Diese Löhne“, so die Zeitung, „die dreieinhalb Cent betragen, werden ständig ausgezahlt“. Das Elend auf Java wird von „De Locomotief“⁴⁸ dargestellt. „Die Mehrheit der Bevölkerung dort ist jetzt ohne Arbeit, ohne Geld, ohne Nahrung, krank und von der berüchtigten Malaria zermürbt! Viele, vor allem im Unterbezirk Maos, essen jetzt, nachdem die kraftlosen Vorräte an ‚Gaber‘ erschöpft sind, Blätter, die so genannten daon tjentongan, wee-weean, loembu und so weiter, und auch bongot-pisang, – den äußersten Teil des Bananenbaumstammes, der im Boden steckt. Dieser wird in Stücke geschnitten, getrocknet und dann gekocht und zusammen mit den vorgenannten Blättern gegessen, nachdem diese ebenfalls gekocht wurden. Der leere Magen wird mit ihnen gefüllt. Heutzutage sieht man überall Streuner, darunter auch Kinder, die von ihren Eltern sich selbst überlassen wurden.“ (31)

In Zentraljava, in Kroja, finden wir ebenfalls das, was wir oben beschrieben haben. Die Sawahs sind in hohem Maße vom Regen abhängig, „weil die begehrten Bewässerungsanlagen [...] angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes vorerst nicht in Angriff genommen werden können“. Die Bevölkerung litt zusätzlich unter Missernten und den damit verbundenen Ernteausfällen. In den Jahren 1931, 1932, 1933 und 1934 setzte sich diese Situation in der Bevölkerung trotz der von der Regierung geleisteten „Hilfe“ fort, bis schließlich eine explosionsartige Ausbreitung der Malaria, die die Bevölkerung schwer traf, dieses Elend ablöste.

Wo die Menschen für ein paar Cent schufteten mussten, versuchten sie natürlich, auf andere Weise als durch Lohnarbeit an Geld oder in Geld umsetzbaren Produkte zu kommen. Auf dem staatlichen Salzland auf Madura geschah Folgendes:

„Die Feldpolizei hielt eines Tages eine Gruppe von Frauen an, die vom Land zurückkehrten und nur ihre ‚leeren‘ Salzkörbe zum Trocknen dabei hatten. Was hat sich als richtig herausgestellt? Auf sehr raffinierte Weise, wie das Inventar eines Zauberers, hatten die Körbe einen doppelten Boden. Auf diese Weise konnten die Leute Salz im Wert von drei oder vier Cent mitbringen, um zu kompensieren, dass sie nicht genug verdienten! [...]“ (Zitat, inklusive Ausrufezeichen und Punkte aus den „Indischen Gids“, 1934, S. 645).

Wir haben hier nur einige wenige Artikel aus Zeitschriften, Zeitungen usw. ausgewählt, die auf die eine oder andere Weise das Elend des ostindischen Volkes beschreiben. Was in der Realität erlitten wurde, kann nicht durch Artikel vermittelt werden, schon gar nicht durch eine Presse, die ganz auf der Seite der Regierung steht. Wir müssen uns also mit dieser „offiziellen Misere“ zufriedengeben.

Quellen:

1. *Vestiging Nederlandsch gezag*, Kielstra, S. 12

⁴⁵ Der chinesische Kèpèng (auch Kepeng, Pitjis oder Picis genannt) war eine Art Währung, die in China und anderen östlichen Ländern vom vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung bis ins 20. Jahrhundert im Umlauf war. (siehe [Wikipedia](#))

⁴⁶ Warong: Indonesischer Imbissstand (siehe [Wikipedia](#))

⁴⁷ Gending: subdistrict (siehe [Wikipedia](#))

⁴⁸ „De Locomotief“ war die erste Zeitung, die in Semarang, Indonesien, erschien (siehe [Wikipedia](#))

2. *Schets ener economische geschiedenis van Nederlandsch-Indië*, J. Jonggrijp, S. 122
3. Karl Marx, Friedrich Engels: *Briefe an Bebel, Liebknecht, Kautsky*, Teil 1. 1870-1876 [Sollte sein: Teil 2, 1877-]
4. Siehe: a. *De betekenis van Nederlandsch-Indië uit internationaal-economisch oogpunt*. In: *Mededelingen van het Centraal-kantoor voor de statistiek*, S. 20-24; b. Irmgard Loeber: *Das Niederländische Kolonialreich*, Weltgeschehen Wilhelm Goldmann, Leipzig, 1939
5. Siehe: 4a, S. 25
6. *The Netherlands Indies during the depression*, A. Neytzell de Wilde en J.Th. Moll. (S. 24-25)
7. *Indisch Verslag*, 1935, I., S. 34
8. Siehe: 2, S. 220
9. Siehe: 6, S. 27
10. Siehe: 6, S. 32
11. *Nederlands nieuwe Ereschuld aan Indië*, B.C. van Suchtelen, oud gouverneur van Sumatra's Oostkust
12. Siehe: 4a, S. 4
13. Siehe: 6, S. 54
14. *Invoerregeringen en Bedrijfsreglementering in Nederlandsch-Indië*, Jaargang 1937, nr. 1, S. 48
15. Siehe: 14, S. 91
16. Siehe: 14, S. 92
17. Siehe: 14, S. 50
18. Siehe: 2, S. 224
19. *Enige gegevens betreffende Nederlandsch-Indië*, Dr. A. Goote.
20. Siehe: 19
21. *De Economist* 1935, Mr. Dr. J. Hulshoff Pol, S. 1 en verder
22. *Verslag van Bestuur en Staat van Nederlandsch-Indië*, 1931
23. *Soerabajaas Handelsblad*, 29 juli 1932
24. *Indische Mercur*, 6. Maart 1935
25. *De Indischman*, 21 oktober 1938
26. *Soerabajaas Handelsblad*, 29 juli 1937
27. *Soerabajaas Handelsblad*, 29 juli 1937
28. Siehe: 19
29. *Koloniale Studien*
30. *Volkscredietwezen*, februari 1932
31. *De Lokomotief*, 12 februari 1935



BRIEF AUS ROTTERDAM

Zur Diskussion

ÜBER DIE ORGANISATION

Wir, die Internationalen Kommunisten, sind der Meinung, dass der Begriff der Organisation geklärt werden muss. Das heißt, nicht über die Form, die die Arbeiterräte in Zeiten der Revolution annehmen, denn darüber gibt es, wie ich annehme, keine Meinungsverschiedenheiten.

Generell sind wir der Meinung, dass in Zeiten der Revolution, d.h. in Zeiten wirklicher Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich, die Arbeiter selbst, sowohl in den produzierenden als auch in den verteilenden Betrieben, Räte von unten nach oben bilden sollten, d.h. Arbeiterräte, unabhängig von den bestehenden Meinungen der politischen Parteien und Gewerkschaften.

Für die bestehenden politischen Parteien und Gewerkschaften, egal wie sie heißen und wie sie ihren Wahlkampf führen, von der extremen Rechten bis zur extremen Linken, von der N.S.B. bis zur R.S.A.P., von der katholischen Gewerkschaftsbewegung bis zur N.A.S., haben sie in Zeiten der Revolution keine

Existenzberechtigung und müssen als überlebte Institutionen, die im Rahmen des Kapitalismus entstanden sind und leben, mit dem Kapitalismus verschwinden.

Wehe! Die Arbeiter, die in Zeiten der Revolution an den alten Ideen festhalten, werden zu Erbrochenem der kapitalistischen Ausbeutung zurückfallen.

In Anbetracht dessen muss die Frage diskutiert werden, ob jetzt eine Organisation expliziter revolutionärer Kommunisten geschaffen werden sollte. Damit wir uns richtig verstehen. Natürlich sind wir organisiert. Wir setzen uns für die Klärung der Ansichten des Proletariats in Wort und Schrift ein. Aber das ist eher unzureichend. Wir könnten mehr tun, wenn diejenigen, die derzeit von den Gruppen getrennt sind und uns bei der Verteilung und Akquisition helfen und uns auch finanziell unterstützen, sich den Gruppen anschließen würden.

Es ist ein häufiges Phänomen, dass die meisten Genossen, die mit uns sympathisieren, nicht in einen Verband aufgenommen werden wollen oder sich von sich aus der Arbeit der rätekommunistischen Gruppen anschließen.

Sie befürchten, dass sie sich, wenn die Gruppen groß werden, wieder der Auffassung anpassen, dass die Gruppen vor allem erhalten werden müssen, und dass dann Bürokraten auftauchen, die später bekämpft werden müssen, weil sie konservativ sind.

Unserer Meinung nach gibt es darauf nur eine Antwort.

Wenn du Angst vor der Dominanz einiger weniger in den Gruppen hast, dann setze dich durch und mache allen klar, dass es auch anders gehen kann und muss, und gehe vor allem selbst mit gutem Beispiel voran.

Nun etwas zum Konzept der Arbeiterorganisation in der heutigen Gesellschaft.

Unserer Meinung nach ist die Organisation das Instrument, das man braucht, um das Ziel zu erreichen. Ohne Organisation gibt es keine Leistungsentwicklung.

Wir sind daher für die Organisation von Arbeitern, die selbst die Notwendigkeit einer solchen Organisation sehen.

Sollten die Beziehungen zwischen den Gruppen „demokratisch zentralistisch“ werden oder sollten die Beziehungen zwischen den Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene die gleichen sein wie innerhalb der Gruppen? Wir möchten, dass die Beziehungen so gestaltet sind, dass nur die Personen, die den Gruppen angehören, wissen, wie die Organisationsform aussieht und wie sie funktioniert. Damit die Kapitalistenklasse mit ihren Spionen und Komplizen keine Kontrolle über unsere Organe hat.

Die Organisation muss also für die so genannte Außenwelt illegal, für die Mitglieder der Gruppe aber klar sein. Ist ein solcher organisatorischer Verband möglich?

Wir denken schon. Und deshalb wäre es gut, wenn wir eine Diskussion darüber führen würden. Die Leser sollten sich bemühen, ihre Meinung zu äußern, dann können wir voneinander lernen und auch den richtigen Weg finden, um uns besser durchzusetzen.

Die ernsten Zeiten, in denen wir leben, müssen uns zwingen, enger zusammenzuwachsen. Deshalb darf das Wort Solidarität unserer Meinung nach kein leerer Begriff und schon gar keine Karikatur sein.

Wenn jemand von uns der Meinung ist, dass diese Einführung unzureichend ist, dass die Notwendigkeit der Organisation mehr mit praktischen Beispielen aufgezeigt werden muss, dann kann er/sie ruhig aufschreiben, wie er/sie meint, dass dies geschehen sollte. Sowohl Befürworter als auch Gegner von „Organisation“.

Mit freundlichen Grüßen, Gruppe Rotterdam



WERBUNG!

Viele Leser haben uns Beiträge für die Maschinen geschickt, aber viele mussten sich mit einer Zusage begnügen.

Diejenigen Genossinnen und Genossen, die meinen, sie müssten warten, bis wir verkünden, dass wir kein Geld mehr brauchen, können beruhigt sein. Sie werden diese Ankündigung nie erhalten! Ganz im Gegenteil! Unsere Propaganda hängt von den Lesern ab; je mehr Beiträge, desto größer die Verbreitung unserer Schriften! Zahlung oder Einzahlung auf Girokonto: 316.779